

Bayerische Apothekerversorgung



Bayerische
Versorgungskammer

Geschäftsbericht 2016

www.bapv.de



IMPRESSUM

Herausgeber

Bayerische Apothekerversorgung
Postanschrift:
Postfach 81 01 09
81901 München

Verwaltungsgebäude:
Arabellastraße 31
81925 München

Telefon: 089 9235 6
Fax: 089 9235 7041
E-Mail: bapv@versorgungskammer.de
www.bapv.de

Druck:

Offsetdruck Baumann
Meglingerstraße 49
81477 München

Titelbild:

fleischipixel - Fotolia.com (München)

Fotos in chronologischer Reihenfolge:
Wolfgang Maria Weber - Bayerische Versorgungskammer
pikselstock - Fotolia.com
christiane65 - Fotolia.com (Freiburg)
Westend61 - Fotolia.com (Trier)
Dr. Maike Kolbeck - Bayerische Versorgungskammer
contrastwerkstatt - Fotolia.com
christiane65 - Fotolia.com (Saarbrücken)

BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

BAYERISCHE APOTHEKERVERSORGUNG

Anstalt des öffentlichen Rechts

Geschäftsführung und Vertretung:

BAYERISCHE VERSORGUNGSKAMMER

NACHRUF

Am 13. Januar 2017
verstarb

**Herr
Fritz Schumm**

Apotheker

Mitglied des Landesausschusses von 1970 - 1998
und
Mitglied des Verwaltungsausschusses von 1975 - 1994
der Bayerischen Apothekerversorgung

Herr Fritz Schumm gehörte jahrzehntelang dem Selbstverwaltungsgremium der Bayerischen Apothekerversorgung an und trat mit großem Engagement und Einsatz für die Belange und das Wohl der berufsständischen Versorgung ein.

Die Bayerische Versorgungskammer wird Herrn Schumm stets
in dankbarer Erinnerung behalten.

INHALT

Vorwort des Vorstands	9
A. Lagebericht	11
1. Grundlagen der Bayerischen Apothekerversorgung	12
2. Überblick über das Geschäftsjahr	16
3. Risikobericht	22
4. Prognosebericht	27
B. Jahresabschluss	31
Bilanz zum 31. Dezember 2016	32
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	34
Anhang	35
1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	35
2. Erläuterungen zur Bilanz	39
3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	44
4. Sonstige Angaben	47
C. Bericht des Landesausschusses	51
1. Tätigkeit des Landesausschusses	52
2. Tätigkeit des Verwaltungsausschusses	53
3. Beschluss über Lagebericht und Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung	53
D. Organe und Gremien	55
Landesausschuss	56
Verwaltungsausschuss	58
Bayerische Versorgungskammer	59
Kammerrat	60
E. Statistische Angaben	63



Vorwort des Vorstands

Liebe Leserinnen und Leser,

historisch niedrige Zinsen für deutsche Staatsanleihen, Unsicherheiten in der Eurozone durch den Brexit und die Ungewissheit über den wirtschaftlichen Kurs des neuen US-Präsidenten Donald Trump sorgten im vergangenen Jahr für schwierige Rahmenbedingungen für institutionelle Anleger. Als Geschäftsführer der Bayerischen Apothekerversorgung können wir für das Jahr 2016 dennoch eine solide Bilanz vorlegen: Unsere Kapitalanlagestrategie mit den Schwerpunkten breite Diversifizierung einerseits und Erwerb von Anlagen mit guter Bonität andererseits hat sich einmal mehr bewährt.

Aus den wesentlichen Geschäftszahlen der Bayerischen Apothekerversorgung können Sie ablesen, dass Ihre Versorgungseinrichtung auch in schwierigen Zeiten stabile Ergebnisse erzielt. Der weiterhin sehr günstige Verwaltungskostensatz macht Ihre Altersversorgung, kombiniert mit den Solidarelementen Hinterbliebenenversorgung und Berufsunfähigkeitsabsicherung, auch im Vergleich zu anderen Vorsorgealternativen attraktiv. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch in der anhaltend hohen Summe der freiwilligen Mehrzahlungen, d. h. derjenigen Einzahlungen, die die Mitglieder freiwillig und zusätzlich zu ihren Pflichtbeiträgen an das Versorgungswerk leisten.

Das Vertrauen unserer Mitglieder und Versorgungsempfänger in eine sichere und stabile Altersversorgung ist für uns Anspruch und Ansporn zugleich. Gemeinsam mit den Selbstverwaltungsgremien, mit unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit dem fachlichen Rat und der guten Begleitung durch unsere Aufsicht wird uns diese Aufgabe auch in Zukunft gelingen.

Wir laden Sie nun ein, sich auf den folgenden Seiten ein konkretes Bild von den Ergebnissen 2016 und der Entwicklung der Bayerischen Apothekerversorgung zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

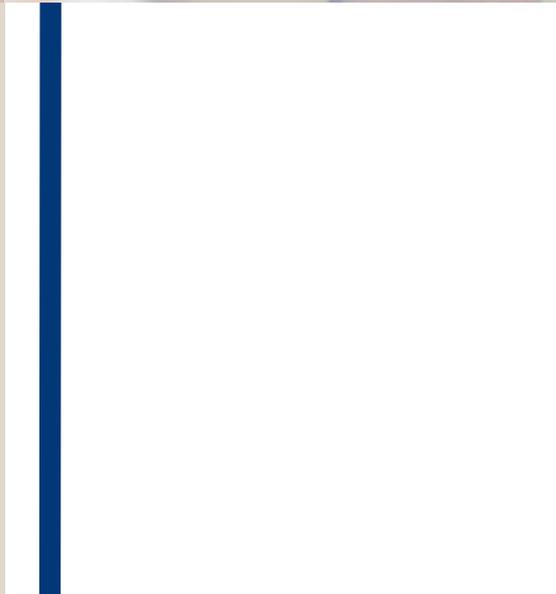
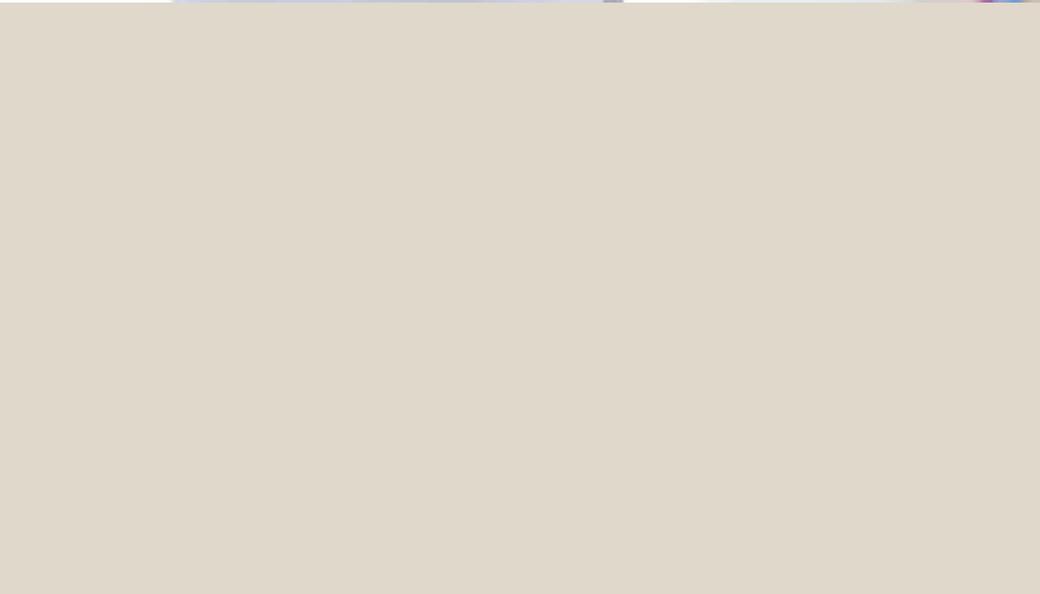
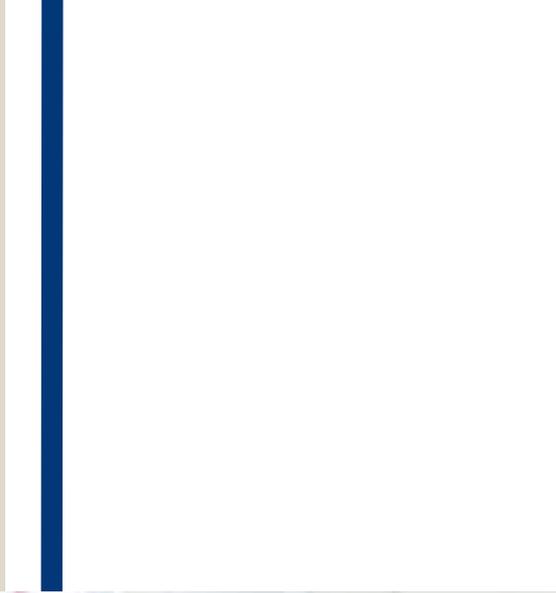
Daniel Just

Ulrich Böger

Reinhard Dehlinger

Reinhard Graf

André Heimrich



LAGEBERICHT

A. LAGEBERICHT

1. Grundlagen der Bayerischen Apothekerversorgung

Aufgabe

Die Bayerische Apothekerversorgung ist die berufsständische Pflichtversorgungseinrichtung für die Mitglieder der Apothekerkammern in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie für Pharmaziepraktikanten, die im Freistaat Bayern, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg und im Saarland beruflich tätig sind. Ihre Aufgabe ist es, Mitgliedern und deren Hinterbliebenen eine angemessene Versorgung zu gewähren (Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung).

Verwaltung

Die Bayerische Apothekerversorgung ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ausschließlich gemeinnützig tätig ist. Ihr Sitz ist München.

Organe der Bayerischen Apothekerversorgung sind der Landesausschuss und die Bayerische Versorgungskammer.

Der Landesausschuss beschließt insbesondere über die Richtlinien der Versorgungspolitik, die Satzung, den Jahresabschluss einschließlich der Entlastung der Geschäftsführung, die Anpassung von Versorgungsanrechten, die Wirtschaftsplanung sowie die Bildung von Ausschüssen und überwacht die Geschäftsführung. Er wählt für seine Amtsdauer einen Vorsitzenden und drei stellvertretende Vorsitzende aus seiner Mitte. Der Landesausschuss hat dem aus seiner Mitte gewählten Verwaltungsausschuss vor allem folgende Angelegenheiten übertragen:

- Unterstützung des Landesausschusses bei der Überwachung der Geschäftsführung,
- Vorbereitung der Entscheidungen des Landesausschusses, insbesondere Vorprüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts,
- Zustimmung zu Erwerb, Bebauung und Veräußerung von Grundstücken,
- Zustimmung zu Beteiligung an Unternehmen.

Die Bayerische Versorgungskammer ist organisationsrechtlich eine staatliche Oberbehörde und wird von einem Vorstand geleitet. Sie ist gemeinsames Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan der Bayerischen Apothekerversorgung sowie elf weiterer Versorgungseinrichtungen und unterliegt insoweit keinen staatlichen Weisungen. Den Verwaltungsaufwand einschließlich der Personalkosten bestreiten die Versorgungseinrichtungen verursachungsgerecht aus ihren Mitteln.

Der bei der Bayerischen Versorgungskammer gebildete Kammerrat besteht aus 17 Vertretern aller von der Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen, darunter auch ein Vertreter der Bayerischen Apothekerversorgung. In gemeinsamen Geschäftsführungsangelegenheiten der Versorgungseinrichtungen wirkt der Kammerrat ebenso beratend mit wie bei der Bestellung des Vorstands und der Leiter der Zentralbereiche der Bayerischen Versorgungskammer.

Rechtsgrundlagen

Die unmittelbaren Rechtsgrundlagen der Bayerischen Apothekerversorgung sind:

- das Gesetz über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (GVBl S. 371, BayRS 763-1-I), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Baukammergesetzes, des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen und der Bayerischen Bauordnung vom 24. Juli 2015 (GVBl. S 296),
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz über die Zugehörigkeit der Apotheker und Pharmaziepraktikanten des Landes Rheinland-Pfalz zur Bayerischen Apothekerversorgung vom 17./25. November 1969 (GVBl 1970 S. 187, GVBl für das Land Rheinland-Pfalz 1970 S. 139), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 30. Mai/8. Juni 2005 (GVBl 2006 S. 30 und S. 111, GVBl für das Land Rheinland-Pfalz 2005 S. 542 und 2006 S. 99),
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg über die Zugehörigkeit der Apotheker und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung vom 5. Mai 1978 (GVBl S. 521, GBl für

Baden-Württemberg S. 307), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 30. Mai/17. Juni 2005 (GVBl 2006 S. 36 und S. 126, GVBl für Baden-Württemberg 2006 S. 19 und S. 129),

- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Saarland über die Zugehörigkeit der Apotheker und Pharmaziepraktikanten des Saarlandes zur Bayerischen Apothekerversorgung vom 9./15. November 1984 (GVBl 1985 S. 97, Amtsbl des Saarlandes 1985 S. 185), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 30. Mai/21. Juni 2005 (GVBl 2006 S. 38 und S. 114, Amtsbl des Saarlandes 2005 S. 1874 und 2006 S. 761),
- die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) vom 20. Dezember 1994, zuletzt geändert durch § 1 ÄndVO vom 28. Juli 2015 (GVBl S. 315),
- die Satzung der Bayerischen Apothekerversorgung in der Neufassung vom 11. Dezember 1996, veröffentlicht im Bayerischen Staatsanzeiger Nr. 51/52 S. 4, im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz 1996 Nr. 47 S. 1676, im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 1996 Nr. 52, Beilage Nr. 11/1996 sowie im Amtsblatt des Saarlandes 1996 Nr. 59 S. 1511.

Die Satzung wurde zuletzt geändert durch 15. Änderungssatzung vom 2. Dezember 2016, veröffentlicht im Bayerischen Staatsanzeiger 2016 Nr. 49 S. 2, im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz 2016 Nr. 47 S. 1191, im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 2016 Nr. 48 Zentralblatt S. 1 sowie im Amtsblatt des Saarlandes 2016 Nr. 49 Teil II S. 731.

Aufsicht

Die Bayerische Apothekerversorgung steht unter der Rechts- und Versicherungsaufsicht des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr.

Das Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg sowie das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes wirken aufgrund der Staatsverträge vom 17./25. November 1969, vom 5. Mai 1978 und vom 9./15. November 1984 an der Rechtsaufsicht über die Tätigkeit der Anstalt in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saarland mit.

Berufsständische Versorgung

Berufsständische Versorgungswerke sind Selbsthilfeeinrichtungen der jeweiligen Berufsstände. Der Gesetzgeber hat hierfür den landesgesetzlichen Rahmen geschaffen. Berufsständische Versorgung ist ein öffentlich-rechtliches Versorgungssystem für die verkammerten freien Berufe und leistet Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung.

Zugehörigkeit zu Verbänden

Die Bayerische Apothekerversorgung ist Mitglied der 1978 gegründeten Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV). Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, gemeinsame Interessen der berufsständischen Versorgungswerke zu wahren und zu fördern.

Effiziente Versorgung

Sichere Versorgung:

Seit 1. Januar 2015 wird das klassische Anwartschaftsdeckungsverfahren, das Versorgungsansprüche aus angesparten Beiträgen der Mitglieder sowie aus Erträgen der Kapitalanlage finanziert, um Elemente des offenen Deckungsplanverfahrens ergänzt. Für die Finanzierung der Rentenansprüche werden zwar weiterhin Erträge aus der Kapitalanlage verwendet, jedoch fließen in die Berechnung weitere Elemente mit ein.

Kostengünstige Versorgung:

Das Versorgungswerk erfasst grundsätzlich alle Kammermitglieder und kann daher auf Werbung und Vermittlungstätigkeit verzichten. So schmälern weder Werbeaufwand und Provisionen noch der bei Aktiengesellschaften übliche Gewinnabfluss an die Aktionäre die Effizienz der Beiträge.

Beitragsorientierte Versorgung:

Während der Kammermitgliedschaft entrichten die Mitglieder aus dem Berufseinkommen Beiträge an das Versorgungswerk. Die Höhe der Versorgung ist deshalb Ergebnis der eingezahlten Beiträge.

Ausbaufähige Versorgung:

Neben den Pflichtbeiträgen können Mitglieder je nach ihren finanziellen Möglichkeiten auch zusätzliche Zahlungen laufend oder sporadisch leisten.

Selbstverwaltete Versorgung:

Das Versorgungswerk wird vom Berufsstand gestaltet und kontrolliert. Transparenz und Kompetenz sind daher gewährleistet.

Solidarische Versorgung:

Das Versorgungswerk ist auch eine große Solidargemeinschaft. Deshalb wird z. B. nicht nach Gesundheitszustand, nach Familienstand und nach der Anzahl der Kinder tarifiert. Die Solidargemeinschaft aller Mitglieder trägt die Risiken gemeinsam. Die berufsständische Versorgung ist vorrangiges Pflichtversorgungssystem vor privaten Vorsorgemaßnahmen.

Leistungen

Das Versorgungswerk leistet

- Altersrente ab dem 67. Lebensjahr (Übergangsfristen existieren für Jahrgänge vor 1967) bzw.
- vorgezogenes Altersruhegeld (frühestens ab dem 62. Lebensjahr mit Übergangsbestimmungen für die Jahrgänge bis 1959, soweit die Mitgliedschaft vor dem 1. Januar 2012 begründet worden ist) mit versicherungsmathematischen Abschlägen,
- Berufsunfähigkeitsrente und
- Hinterbliebenenrente an die Witwe/den Witwer oder den nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz eingetragenen Lebenspartner des Mitglieds sowie Halb-/Vollwaisenrente an hinterbliebene Kinder bis längstens zum 27. Lebensjahr, im Fall dauernder Erwerbsunfähigkeit bis längstens zum vollendeten 30. Lebensjahr.

Gesellschaftliche Verantwortung

Die Geschäftsführung für die Bayerische Apothekerversorgung sowie für weitere elf Versorgungseinrichtungen wird von der Bayerischen Versorgungskammer wahrgenommen. Mit insgesamt ca. 2,2 Mio. Versicherten und Rentenempfängern, ca. 69 Mrd. Euro Kapitalanlagen und ca. 1.240 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern trägt die Bayerische Versorgungskammer damit eine große gesellschaftliche Verantwortung

- gegenüber den Mitgliedern und deren Arbeitgebern,
- als bedeutender Kapitalmarktteilnehmer und
- als Arbeitgeber.

Nachhaltigkeit

Mitglieder und deren Arbeitgeber vertrauen den von der Bayerischen Versorgungskammer vertretenen Versorgungsanstalten die Finanzierung ihrer Altersversorgung an. Die Bayerische Versorgungskammer achtet in besonderem Maße auf die Pflege nachhaltiger, d. h. über Generationen wirksamer Finanzierungssysteme und gleichzeitig auf eine ertrags- und risikooptimierte Anlagepolitik.

Mit der Unterzeichnung der Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment der Vereinten Nationen (UNPRI) verpflichtet sich die Bayerische Versorgungskammer auf die Prinzipien einer nachhaltigen Kapitalanlage und damit auch ihre Partner am Kapitalmarkt auf Grundsätze gesellschaftlicher Verantwortung.

Bis vor wenigen Jahren galten Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (sogenannte ESG-Kriterien: Environmental, Social und Corporate Governance) als nicht-finanzmarkt-relevante Faktoren und spielten eine untergeordnete Rolle in Unternehmens- und Kapitalanlagestrategien. Mittlerweile hat sich aber die Einsicht durchgesetzt, dass diese Faktoren sehr wohl Einfluss auf Kapitalanlagen haben, da ihre Missachtung ein Risiko für die Reputation und letztlich für Unternehmensbewertungen bedeuten kann. Die Beachtung und transparente Kommunikation dieser ESG-Faktoren, die den Kern nachhaltigen Wirtschaftens beinhalten, können hingegen einen wirtschaftlichen Vorteil bedeuten.

Die Bayerische Versorgungskammer als eine Unternehmensgruppe der öffentlichen Hand und einer der größten Kapitalsammelstellen in Europa sieht sich damit in der besonderen Verantwortung, der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage noch stärker als bisher Beachtung zu schenken. Gerade die Finanzkrise zeigte, dass ein Missverhältnis von kurzfristigen Anreizen und langfristiger Entwicklung gravierende Auswirkungen haben kann. Als Vermögensverwalter der ihr anvertrauten Gelder ist für die Bayerische Versorgungskammer eine langanhaltend stabile Kapitalanlage von zentraler Bedeutung.

Wir sind daher der Überzeugung, dass die Verfolgung einer nachhaltigen Anlagepolitik auch im langfristigen Interesse und zum Wohle der Mitglieder ist.

Die UN-Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment beinhalten im Einzelnen, dass wir

- im Investmentbereich in die Analyse- und Entscheidungsprozesse ESG-Themen einbeziehen,
- aktiver Treuhänder sein werden und ESG-Themen in unserer Politik und in der Praxis als Aktionär berücksichtigen,

- von den Gesellschaften, in welche wir investieren, eine angemessene Offenlegung von ESG-Themen fordern,
- in der Investmentbranche die Akzeptanz und die Umsetzung dieser Grundsätze vorantreiben,
- mit den anderen Unterzeichnern der UNRPI zusammenarbeiten, um unsere Wirksamkeit bei der Umsetzung dieser Grundsätze zu steigern und
- über unsere Aktivitäten und unsere Fortschritte bei der Anwendung der Grundsätze Bericht erstatten.

Grundsätzliche Überzeugungen unserer Anlagephilosophie, wie die breite Diversifikation der Investments, werden nicht tangiert. Vor diesem Hintergrund sind wir sicher, dass die stärkere Berücksichtigung der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage sich langfristig positiv auf die Performance auswirken wird. Weitergehende Umschichtungen in dem bestehenden Portfolio werden durch unseren Ansatz vermieden.

Compliance

Die Bayerische Apothekerversorgung ist als juristische Person des öffentlichen Rechts verfassungsrechtlich an Recht und Gesetz gebunden. Sie verpflichtet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die gewissenhafte Einhaltung aller rechtlichen Regelungen. Auf die Einhaltung von Regeln und Gesetzen wird sowohl in den operativ zuständigen Organisationseinheiten als auch durch spezifische Organisationseinheiten und Beauftragte geachtet. Dazu zählen insbesondere die Rechtsabteilung, der Datenschutzbeauftragte und der Beauftragte für Korruptionsprävention.

Beschäftigte

Die Bayerische Versorgungskammer bietet am Standort München derzeit ca. 1.240 Menschen sichere und attraktive Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Als verantwortungsbewusster Arbeitgeber schaffen wir nicht nur Ausbildungsplätze für junge Menschen, sondern eröffnen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Behinderung (aktuell ca. 9 % des Personals) eine berufliche Perspektive. Die Bayerische Versorgungskammer verfolgt seit vielen Jahren eine familienorientierte Personalpolitik. Sie fördert daher aktiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit zahlreichen Maßnahmen. 30 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Teilzeit und sind so in der Lage, ihren familiären Verpflichtungen wie der Kinderbetreuung oder der Pflege älterer Familienangehöriger besser nachzukommen.

Mit der im Jahr 2009 erfolgten Zertifizierung der familienorientierten Personalpolitik im Rahmen des Audits **berufundfamilie**[®] setzt die Bayerische Versorgungskammer auch für die Zukunft ein bewusstes Zeichen.

Vielfalt, Toleranz, Fairness und Wertschätzung in der Arbeitswelt sind für uns als öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber zentrale Werte. Um dies auch nach außen zu dokumentieren, haben wir die Charta der Vielfalt unterzeichnet und uns dazu verpflichtet, ein von Vorurteilen hinsichtlich Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung freies Arbeitsumfeld zu gewährleisten.

2. Überblick über das Geschäftsjahr

Entwicklung des Versorgungswerks

Das Geschäftsergebnis und die wesentlichen Bestandszahlen im Geschäftsjahr 2016 entsprachen den Erwartungen an die prognostizierte Entwicklung des Versorgungswerks.

Der Bestand an anwartschaftsberechtigten Personen – aktive Mitglieder und sogenannte sonstige Anwartschaftsberechtigte – erhöht sich weiterhin. Die Anzahl an aktiven Mitgliedern bewegt sich seit Jahren auf relativ gleichmäßig hohem Niveau und steigt nur noch in einem geringen Umfang an. Die Anzahl der sonstigen Anwartschaftsberechtigten nimmt hingegen prozentual in einem größeren Umfang zu (Aktive: 1,2 % – sonstige Anwartschaftsberechtigte: 7,1 %). Gründe hierfür sind u. a. die Einführung des Regionalitätsprinzips und die Einschränkung der Überleitungsmöglichkeiten von Beiträgen an andere Versorgungseinrichtungen für Apotheker sowie die Einführung der internen Teilung im Rahmen des Eheversorgungsausgleichs.

Die Anzahl der Selbständigen reduzierte sich um 96 Personen auf 5.371, während die Anzahl der Angestellten um 414 Mitglieder auf 20.796 zunahm. Der Trend der Vorjahre setzte sich damit fort.

Der Bestand an Versorgungsempfängern erhöhte sich um 319 Personen bzw. 2,8 %.

Insgesamt verwaltet die Bayerische Apothekerversorgung zum 31. Dezember 2016 einen Gesamtbestand (aktive Mitglieder, sonstige Anwartschaftsberechtigte, Versorgungsempfänger) von 40.854 Personen (Vorjahr: 40.018), davon 26.167 aktive Mitglieder, 2.985 sonstige Anwartschaftsberechtigte und 11.702 Versorgungsempfänger. Der Gesamtbestand ist damit um 2,1 % gestiegen.

Eine erfreuliche Zunahme war im Geschäftsjahr beim Beitragsvolumen zu verzeichnen: 2016 stieg das Beitragsaufkommen um 3,5 % auf 215,6 Mio. Euro. Die Steigerung ist zum einen auf die erhöhten Einnahmen bei den Pflichtbeiträgen zurückzuführen. Bei der Höhe der Beitrags-einnahmen wirken sich insbesondere die Änderung der Parameter in der gesetzlichen Rentenversicherung (Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze um 2,5 %, d. h. um 1.800 Euro auf 74.400 Euro/Jahr bei gleichbleibendem Beitragssatz von 18,7 %) und die tarifliche Steigerung der Gehälter zum 1. Januar 2016 aus. Zum anderen wurden vermehrt freiwillige Mehrzahlungen geleistet; sie erhöhten sich um 7 % auf nunmehr 11,9 Mio. Euro. Dies zeigt ein starkes Vertrauen der Mitglieder in das Versorgungswerk.

Im Vergleich zum Umfeld können die Ergebnisse im Bereich der Kapitalanlagen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Das schwierige Umfeld spiegelt sich allerdings nicht nur im Ergebnis einzelner Anlagearten sondern auch in der Rendite wider.

Für die Bayerische Apothekerversorgung konnte insgesamt eine Bruttorendite von 3,73 % erwirtschaftet werden. Die maßgebliche Nettorendite liegt – unter Berücksichtigung außerordentlicher Erträge und Aufwendungen – bei 3,81 % und damit über dem Mischrechnungszins der Anwartschaftsverbände. Der Mischrechnungszins lag 2016 bei 3,65 %.

Vor dem Hintergrund einer weiterhin nachhaltig negativen Zinserwartung sowie anhaltender Volatilität der Kapitalmärkte hat der Landesausschuss auf ausdrückliche Empfehlung des Verantwortlichen Aktuars und der Geschäftsführung die Zinsreserven mit Nachdruck weiter aufzubauen von einer Dynamisierung der Versorgungsleistungen und der Anwartschaften zum 1. Januar 2017 abgesehen.

Die einzelnen Kennzahlen zur Geschäftsentwicklung sind auf den folgenden S. 18 ff. dargestellt.

Neben den üblichen Verwaltungstätigkeiten und Dienstleistungen, die im Rahmen der Mitgliedererfassung und -betreuung, der Renteneinweisung und Rentenzahlung sowie der damit zusammenhängenden Tätigkeiten erforderlich sind (versicherungsmathematische Dienstleistungen, Kapitalanlagetätigkeit, Baubetreuung und Vermietung, EDV-Technik, Weiterentwicklung der Software, Übernahme der Papierakte in ein elektronisches System usw.) besteht ein hoher Beratungsaufwand entsprechend dem gestiegenen Informationsbedürfnis der Mitglieder. Besonderer Erläuterung bedurften z. B. kapitalanlagentechnische und versicherungsmathematische Fragestellungen sowie rechtliche Themenkreise wie z. B. zum Eheversorgungsausgleich oder zum Befreiungsrecht der angestellten Tätigen zugunsten der Bayerischen Apothekerversorgung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, um nur einige Schwerpunkte zu benennen.

Nach wie vor ist der Themenkomplex „Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung“ Gegenstand zahlreicher Mitgliederanfragen. Die zunehmend im Bereich der Angestellten restriktive Handhabung des Befreiungsrechts durch die Deutsche Rentenversicherung Bund, die für die Entscheidung über diese Frage zuständig ist, führt zu einem erhöhten Nachfrage- und Erläuterungsbedarf und zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts die

bewährte Praxis im Rahmen des Befreiungsverfahrens geändert werden musste.

Dem gesteigerten Informationsbedürfnis sowohl der Selbstverwaltungsgremien als auch der Öffentlichkeit wurde durch ein offensives Informationsangebot Rechnung getragen. Ergänzend hierzu hat das Versorgungswerk – wie in den Vorjahren – im Jahr 2016 den Mitgliedern in den Staatsvertragsländern im Rahmen der Sprechtag eine individuelle Beratung angeboten.

Die Normenkontrollanträge gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 bei der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung (die Bayerische Apothekerversorgung hat eine vergleichbare Anhebung vorgenommen) sind mittlerweile abgeschlossen. Die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, dass die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 zulässig ist, ist rechtskräftig.

Die drei, bereits 2015 gegen die Änderung des Finanzierungssystems bei der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung (die Bayerische Apothekerversorgung hat eine vergleichbare Änderung vorgenommen) eingelegten Normenkontrollklagen sind nach wie vor offen; die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs bleibt abzuwarten.

Eine wichtige Aufgabe kommt dem regelmäßigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Apothekerversorgungswerken in Deutschland zu. Er eröffnet die Möglichkeit, gemeinsame Interessen abzustimmen und zu fördern sowie versorgungspolitische und versorgungstechnische Entwicklungen frühzeitig zu diskutieren und zu koordinieren. Zentrales Thema der Treffen war – neben den üblichen Informationen zu den Bestandszahlen und den aktuellen Themen in den einzelnen Versorgungswerken – die anhaltende Niedrigzinsphase und die sich daraus für die einzelnen Versorgungswerke ergebenden Handlungsnotwendigkeiten sowie mögliche Kapitalanlagestrategien.

Der Meinungs- und Informationsaustausch mit den anderen Apothekerversorgungswerken sowie der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV) wurde daher im Rahmen der sogenannten Ständigen Konferenz und der Mitgliederversammlung fortgesetzt.

Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Umfelds

Der Start ins Jahr 2016 erfolgte denkbar schlecht. In China stürzten die Kurse gleich in den ersten Handelstagen massiv ab. Auslöser waren schwache Daten zu Chinas Industrie, die erneut Sorgen über den wirtschaftlichen Zustand aufkommen ließen. Gleichzeitig belastete das Auslaufen zeitweiser Verkaufsverbote für Großanleger die Kurse. Und zu allem Überfluss sorgte auch noch eine Handelsregel für Chaos, die den Handel bei zu starken Kursschwankungen für den Rest des Tages aussetzte. Die schlechte Stimmung schwappte auch auf Europa und die USA herüber. Nach dem Tiefpunkt Mitte Februar setzte allerdings eine Erholungsrallye bis Ende Mai ein, bei der sich der amerikanische Markt von anderen Märkten deutlich abkoppeln konnte.

Im zweiten Halbjahr kamen dann weitere Einschläge: zunächst das Brexit-Votum, die unsichere Regierungsbildung in Spanien, der Ausgang der US-Präsidentenwahl, die Bankenkrise in Italien und das dort verlorene Verfassungsreferendum mit dem folgenden Rücktritt des Ministerpräsidenten Matteo Renzi sowie Terroranschläge in Europa. All diese Ereignisse irritierten die Märkte jedoch nur kurzzeitig und wurden schnell von positiven Konjunkturdaten und den anhaltenden Stützungsmaßnahmen der europäischen, britischen und japanischen Notenbanken überlagert. Marktteilnehmer vertrauten darüber hinaus auf die wirtschaftsfreundlichen Ankündigungen aus dem Wahlprogramm des jetzigen amerikanischen Präsidenten Donald Trump, vor allem auf dessen möglichem Investitionsprogramm.

In diesem Umfeld waren die kurzfristigen, insbesondere durch politische Ereignisse ausgelösten Kursrückgänge Kaufgelegenheiten, welche vom langfristig orientierten Anleger als Gelegenheit zum Nachkaufen genutzt wurden. Nach den heftigen Einbrüchen zu Jahresbeginn konnten die Verluste in den beiden Währungsräumen damit im Jahresverlauf wieder kompensiert werden.

Auch die Aktienmärkte in den Schwellenländern zeigten eine erfreuliche Entwicklung. Sie profitierten dabei vor allem von der Erholung der Rohstoffpreise. In Brasilien kam als stützender Faktor hinzu, dass eine jahrelange Regierungskrise gelöst werden konnte.

Am Rentenmarkt führte die am Jahresbeginn 2016 vorherrschende Verunsicherung zunächst zu global weiter sinkenden Renditen. Dies war allerdings überraschend: nach monatelangem Hin und Her hatte die US-Notenbank FED am 16. Dezember 2015 den Leitzins nach vielen Jahren der Nullzinspolitik um 0,25 % angehoben und damit die lang ersehnte Zinswende eingeläutet.

In Europa wurde Gegensätzliches beschlossen. Neben der erwarteten Senkung des Einlagensatzes für Banken von -0,30 % auf -0,40 % überraschte die EZB mit der Entscheidung, das Volumen der monatlichen Anleihekäufe von 60 auf 80 Mrd. Euro zu erhöhen, der Ankündigung, in Zukunft auch auf Euro lautende Anleihen von im Euroraum ansässigen Unternehmen mit einem Mindestrating im Investment-Grade-Bereich zu erwerben, sowie den Banken im Rahmen von zielgerichteten Tendergeschäften (TLTROs) Liquidität für einen langen Zeitraum von vier Jahren anzubieten.

Auch nach dem EU-Referendum der Briten traten Anleger die Flucht in sichere Häfen wie z. B. Staatsanleihen aus Deutschland, den USA und Japan an.

Mit dem unerwarteten Wahlausgang in den USA kam die Wende dies- und jenseits des Atlantiks. Donald Trump, als neu gewählter Präsident der USA, hatte bereits in seinen Wahlkampfreden für massive Konjunktur- und Fiskalprogramme geworben. Allein für den Infrastrukturausbau will Präsident Trump die Ausgaben in den nächsten Jahren zwischen 500 Mrd. USD bis 1 Bio. USD erhöhen. Gleichzeitig möchte er darüber hinaus die Steuern massiv senken und so den privaten Konsum stärken. Finanziert werden sollen die Programme durch eine erhöhte Schuldenaufnahme, was bei einer Wirtschaft mit geringer Arbeitslosenquote und hoher Kapazitätsauslastung zu einer höheren Inflation führen dürfte. Die Anleihemärkte quittierten die Pläne mit dem größten Ausverkauf seit gut zweieinhalb Jahren. Darüber hinaus hob die FED ihren Leitzins im Dezember 2016 nochmals um einen viertel Prozentpunkt auf 0,75 % an.

In Europa manifestierte sich das Bild der unterschiedlichen Geldpolitiken in der Dezember-Sitzung der EZB, als diese beschloss, ihr Anleihekaufprogramm um weitere neun Monate bis mindestens Ende 2017 zu verlängern. Darüber hinaus werden ab April 2017 die Käufe von Staatsanleihen und Unternehmensanleihen von derzeit 80 Mrd. Euro monatlich auf dann 60 Mrd. Euro monatlich reduziert, womit unter dem Strich zusätzlich 540 Mrd. Euro in die Märkte gepumpt werden. Das Gesamtprogramm weist somit ein gigantisches Gesamtvolumen von 2,28 Bio. Euro auf.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2016 konnte die Bayerische Apothekerversorgung einen Anstieg des Beitragsaufkommens um 7,4 Mio. Euro (+3,5 %, Vorjahr: +1,4 %) auf 215,6 Mio. Euro verzeichnen. Die Nettoerträge aus Kapitalanlagen stiegen um 10,4 Mio. Euro (+3,6 %, Vorjahr: +2,6 %) auf 303,0 Mio. Euro. Die Versorgungsleistungen – ohne Regulierungskosten und ohne Veränderung der Rückstellung für noch

nicht abgewickelte Versicherungsfälle – erhöhten sich um 11,4 Mio. Euro (+4,8 %, Vorjahr: +5,3 %) auf 249,1 Mio. Euro. Die Kapitalanlagebestände stiegen um 239,3 Mio. Euro (+3,1 %, Vorjahr: +3,8 %) auf 8.062,9 Mio. Euro.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen sind von 7.902,3 Mio. Euro auf 8.163,1 Mio. Euro (+3,3 %, Vorjahr: +3,3 %) gestiegen. Sie dienen dazu, die Versorgungsleistungen dauerhaft erfüllen zu können.

Wesentliche Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Zum 1. Januar 2015 wurde gemäß Beschluss des Landesausschusses vom Oktober 2013 das bisherige Finanzierungssystem der Bayerischen Apothekerversorgung – das sogenannte reine Anwartschaftsdeckungsverfahren – um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens erweitert. Diese Systemänderung erfolgte, um das Versorgungswerk zukunftsfest aufzustellen und die starke Abhängigkeit von den Kapitalmarktzinsen zu reduzieren. Von den nach der Systemumstellung zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten musste im Geschäftsjahr 2016 nicht Gebrauch gemacht werden. Der Wert des Rentenbemessungsfaktors lag weiterhin bei 1,0000.

Die zunächst parallel zur Umstellung des Finanzierungssystems überarbeitete strategische Kapitalanlageplanung wurde im Berichtsjahr angesichts des nachhaltigen Rückgangs des Neuanlagezinses vorzeitig erneut überarbeitet. Kernpunkt der neuen Strategie ist im Wesentlichen die Anhebung der Fondsquote perspektivisch auf 65 %.

Die Verfahren vor den Sozialgerichten hinsichtlich der Frage der Befreiungsfähigkeit insbesondere von Industrieapothekern von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zugunsten der Apothekerversorgungswerke haben stark zugenommen. Die obergerichtliche Rechtsprechung bleibt abzuwarten.

Es bestehen keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Bestandsbewegung

Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten erhöhte sich um 517 (Vorjahr: +399) auf 29.152, die Zahl der Versorgungsempfänger nahm um 319 (Vorjahr: +436) auf 11.702 zu.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witwen	Witwer	Waisen
									Euro	Euro	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	7.770	20.865	3.988	5.594	220.186.049	1.115	414	272	15.749.946	4.313.363	1.346.677
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	376	829	162	319	12.945.516	64	46	27	976.161	518.161	72.474
2. sonstiger Zugang	—	5	6	1	52.035	—	—	14	—	—	70.146
3. gesamter Zugang	376	834	168	320	12.997.551	64	46	41	976.161	518.161	142.620
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	11	20	95	116	4.178.736	41	15	—	447.003	115.089	—
2. Beginn der Altersrente	159	310	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	3	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	—	—	—	3	46.367	—	2	48	—	9.395	262.812
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	61	118	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. sonstiger Abgang	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. gesamter Abgang	236	457	95	119	4.225.103	41	17	48	447.003	124.484	262.812
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	7.910	21.242	4.061	5.795	228.958.497	1.138	443	265	16.279.104	4.707.040	1.226.485
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	1.025	1.960	35 *)	29 *)	526.076 *)	—	—	3 *)	—	—	3.846 *)
2. in Rückdeckung gegeben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) davon Leistungsempfänger und Leistungen aufgrund Versorgungsausgleich

Kapitalanlagen

Da sich die Rahmenbedingungen gegenüber dem Vorjahr nicht verändert haben, stand auch das Anlagejahr 2016 weiterhin unter dem Motto „die Rentendirektanlage weitestgehend zu vermeiden“. Beispielhaft für die mangelnde Attraktivität sei hier der Referenzzinssatz für europäische gedeckte Anleihen mit einem AAA-Rating mit zehnjähriger Laufzeit genannt, der im Jahresdurchschnitt bei 0,52 % lag. Demzufolge wurden im Berichtsjahr die Investitionen in den Versorgungswerk-Masterfonds erneut ausgebaut und nur ein geringer Teil in Hypotheken- und Unternehmensfinanzierungen im Direktbestand investiert. Dies ist auch in der Bilanz des Versorgungswerks abzulesen, wo Investmentanteile nun vor den festverzinslichen Anlagen die größte Position darstellen.

Die Überarbeitung der strategischen Planung, die im September vom Vorstand beschlossen wurde, führte bei dem Versorgungswerk zu Ergebnissen, die einen weiteren Ausbau der Fondsinvestitionen favorisieren. Die größten Veränderungen im strategischen Zielfortfolio sollen sich dementsprechend bei Kapitalanlagen mit einem langfristigen Charakter ergeben, so dass sich vor allem im Immobilienbereich und bei Beteiligungsinvestments die strategischen Quoten erhöhten. Diese Investments passen aufgrund ihres langfristigen Anlagehorizonts besonders gut zur Struktur der Verpflichtungsseite des Versorgungswerks und werfen zusätzlich eine Illiquiditätsprämie ab. Durch die Auflage von weiteren Immobilienspezialfonds konnten bereits im Berichtsjahr größere Investments im Immobilienbereich getätigt werden.

Zudem wurden im Aktienbereich die im Lagebericht erwähnten Schwächephasen im Februar und nach dem Brexit für Investitionen genutzt. Bei den Rentenfonds wurde vor allem in die Mandate im High-Yield-Bereich sowie in ein internationales Rentenmandat investiert. Bei den Absolute-Return Mandaten stand das Jahr 2016 im Zeichen einer Anpassung an die neuen Marktgegebenheiten. Hier ergaben sich im größeren Umfang Umschichtungen, zusätzliche Mittel wurden hier jedoch nicht investiert. Die Ausschüttungen aus dem Versorgungswerk-Masterfonds betragen insgesamt 124,69 Mio. Euro; der Beitrag für die Nettoertragsrendite beträgt somit 1,57 %-Punkte. Auf Basis des durchschnittlich eingesetzten Kapitals im Versorgungswerk-Masterfonds beträgt die Ausschüttungsrendite nach Buchwerten 3,35 %.

Zum Jahresende 2016 waren im Versorgungswerk-Masterfonds 18 Wertpapierspezialfonds und neun Immobilienspezialfonds enthalten, in denen auf Basis der Buchwerte 50,2 % der Kapitalanlagen investiert sind. Insgesamt haben wir derzeit 145 Managementmandate vergeben.

Bei den festverzinslichen Rententiteln in unserem Direktbestand machten staatsnahe Emittenten sowie gedeckte Anlagen die größte Position aus. Der gesamte Anteil der festverzinslichen Titel an den gesamten Kapitalanlagen belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 44,5 %.

In der Direktanlage haben wir im Geschäftsjahr keine derivativen Finanzgeschäfte getätigt.

Im Berichtsjahr konnte die BVK für die Gemeinschaft aller Versorgungswerke ein Grundstück in München/Bogenhausen erwerben. Hierfür wurde eine OHG errichtet, an der die Bayerische Apothekerversorgung mit 11,2 % beteiligt ist. Der Bereich Kapitalanlagen plant dieses Grundstück mit externer Unterstützung neu zu entwickeln und zu bebauen.

Die im Berichtsjahr erneut schwierige Situation für Immobilienkäufe in Deutschland wurde durch die Investitionen in Immobilienspezialfonds kompensiert. Dadurch konnte die Immobilienquote der Bayerischen Apothekerversorgung signifikant erhöht werden.

Nach einer Vereinbarung mit den Gläubigern konnten in den Vorjahren (teilweise) abgeschriebene erstrangige Schuldscheindarlehen der HETA (vormals Hypo Alpe Adria mit Gewährträgerhaftung des Bundeslandes Kärnten) in Zerobonds des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (KAF) umgetauscht werden. Die Zerobonds wurden dann in drei Tranchen zu einem durchschnittlichen Kurs von 88,01 % veräußert. Dabei entstanden insgesamt außerordentliche Erträge i. H. v. 17.722.000 Euro sowie ein Veräußerungsverlust i. H. v. 1.047.270 Euro.

Insgesamt konnten wir Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 318,2 Mio. Euro (Vorjahr: 329,6 Mio. Euro) verzeichnen. Nach Abzug der Aufwendungen für Kapitalanlagen ergibt sich für 2016 ein Nettoertrag von 303,0 Mio. Euro (Vorjahr: 292,6 Mio. Euro).

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, d. h. die Verzinsung unter Berücksichtigung sämtlicher ordentlicher und außerordentlicher Erträge und Aufwendungen, betrug 3,81 % (Vorjahr: 3,81 %).

Die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen, errechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. empfohlenen Methode, betrug 3,55 % (Vorjahr: 4,09 %).

Der für versicherungsmathematische Zwecke ermittelte technische Zinssatz lag über dem Mischrechnungszins der Anwartschaftsverbände.

Kosten

Die auf die Beitragseinnahmen bezogenen Betriebskosten ergeben für das Berichtsjahr einen Betriebskostensatz von 1,96 %.

Der insbesondere auch die Erträge aus Kapitalanlagen berücksichtigende Gesamtkostensatz beträgt 1,77 %.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Versicherungstechnisch konnte ein positives Jahresergebnis (2.775.255 Euro) festgestellt werden. Das sonstige Ergebnis beläuft sich auf -735.238 Euro. Der Jahresüberschuss betrug 1.253.000 Euro, dieser wurde vollständig in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Zusammenfassende Einschätzung des Vorstands

Trotz der Niedrigzinsphase, die auch das Berichtsjahr dominiert hat, und der sehr volatilen Finanzmärkte konnte insgesamt ein Anlageergebnis erreicht werden, das die Mindestzinsanforderung überschritt und zu einem Zinsüberschuss führte. Aus den Überschüssen der Anstalt konnte auch ein weiterer Ausbau der Sicherheiten finanziert werden.

Sowohl das Bestandswachstum als auch das Beitragsvolumen sind im Geschäftsjahr 2016 angestiegen. Die Veränderung der Mitgliederstruktur mit einer weiteren Zunahme der angestellt tätigen Mitglieder und sinkender Anzahl der Selbständigen hält an; der Anteil der angestellt Tätigen beträgt nunmehr schon 79,5 %. Eine signifikante Zunahme von Angestellten, die nicht von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit werden, konnte bisher nicht verzeichnet werden.

3. Risikobericht

Risikomanagement

Die Bayerische Versorgungskammer verfügt über einen ganzheitlichen Risikomanagementansatz, bei dem die Risiken identifiziert, analysiert und bewertet sowie laufend überwacht werden. Ausgangspunkt sind dabei unsere übergeordneten Ziele, die in der Geschäftsstrategie festgelegt werden und folgenden Kategorien zugeordnet sind:



Hieraus wird unsere Risikostrategie abgeleitet, die den Umgang mit den Risiken vorgibt und die Grundsätze der Risikosteuerung beschreibt.

Das Risikomanagement ist als wichtiger Bestandteil unserer Unternehmenssteuerung etabliert. Hierzu haben wir eigene interne Risikomanagement-Leitlinien aufgestellt, nach welchen wir unser Handeln ausrichten. Die praktische Umsetzung des Risikomanagements läuft nach folgendem Prozess ab:



Risikoidentifikation

Neben dem operativen Geschäft beobachten wir auch aktuelle Entwicklungen, etwa im Bereich des Kapitalmarktes, der Gesetzgebung oder der Informationstechnologie, um auf Veränderungen rechtzeitig und angemessen reagieren zu können. Diese Aufgabe erfüllen Spezialisten der Bereiche Mathematik, Kapitalanlagen, Informationsverarbeitung und Service sowie der Geschäftsbereiche. Somit haben wir die Risikoverantwortung dezentralisiert und auf die operativen Einheiten verteilt, was uns eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Risiken erlaubt.

Die identifizierten Risiken werden systematisch erfasst und den nachfolgenden Risikokategorien zugeordnet.



Risikoanalyse und Bewertung

Die Risiken werden grundsätzlich im Rahmen von Risikoinventuren regelmäßig analysiert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihres Verlustpotenzials bewertet. Hierbei fließen u. a. die Erkenntnisse aus den Asset-Liability-Untersuchungen sowie die versicherungsmathematischen Berechnungen und Simulationen verschiedener Szenarien ein.

Risikosteuerung

Im Rahmen der Risikosteuerung legen wir zunächst den Umgang mit den Risiken fest (Reduzieren, Eliminieren, Überwälzen – z. B. auf Versicherungen – oder Akzeptieren). Im zweiten Schritt werden geeignete Maßnahmen ermittelt und beschrieben sowie deren Umsetzungsgrad im Risikomanagement-System dokumentiert.

Im Rahmen der regelmäßigen Ertrags- und Risikoanalysen wird im Jahresverlauf überprüft, ob mit dem gewählten Kapitalanlageportfolio die gesetzten Ziele sowie die aktuariellen Mindestanforderungen erfüllt werden können. Diese sind somit Entscheidungsgrundlage für die Festlegung der Allokation. Ferner findet eine regelmäßige Überprüfung der Kapitalanlageplanung dahingehend statt, ob im Hinblick auf Marktveränderungen Anpassungen notwendig sind.

Risikoüberwachung

Die laufende Überwachung der Risiken ist ein fester Bestandteil unserer Managementaufgaben. Mit Hilfe von regelmäßigen, EDV-gestützten Risikoinventuren aktualisieren die Risikoverantwortlichen den gegenwärtigen Stand der Risikosituation und dokumentieren diesen. Für die Ertrags- und Risikoanalysen im Kapitalanlagebereich werden monatlich stochastische Szenarien über einen Projektionszeitraum von fünf Jahren verwendet. Mit Hilfe dieser stochastischen Simulationen werden aktiv- und passivseitige Projektionen vorgenommen, ausgewertet und in einem Limitsystem dargestellt. Zur Überprüfung der langfristigen Finanzierbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen wird zusätzlich ein Limitsystem mit einem 30-jährigen Betrachtungszeitraum verwendet.

Risikoberichterstattung

Durch eine unternehmensweite Koordination der Risikoberichterstattung wird ein umfassender Überblick über die gesamte Risikosituation der Versorgungseinrichtung ermöglicht. Über Visualisierungen mittels Limitsystem und Risikomatrix können die wesentlichen Risiken frühzeitig erkannt und geeignete Maßnahmen eingeleitet werden.

Risikosituation der Bayerischen Apotheker-versorgung

Nachfolgend werden die wesentlichen Risiken beschrieben.

Versicherungstechnische Risiken

Die satzungsrechtlichen bzw. gesetzlichen Leistungsverpflichtungen binden unsere Versorgungseinrichtungen langfristig. Die Rahmenbedingungen können sich aber immer wieder ändern und von den Annahmen des versicherungsmathematischen Geschäftsplans abweichen. Die sich daraus ergebenden Risiken frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, ist ein wichtiger Teil des Risikomanagements. Sollten die tatsächlichen Entwicklungen insbesondere der Kapitalrendite, der Lebenserwartung und des Bestands von den Rechnungsgrundlagen erheblich abweichen, sind mittelfristig Korrekturen des Verhältnisses von Beiträgen und Leistungen erforderlich. Hierzu gehört auch die Überprüfung des Rechnungszinses.

Rechnungszinsrisiken werden darin gesehen, dass der Rechnungszins, der für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen unterstellt wird, eventuell in der Zukunft nicht erwirtschaftet wird. Dabei können Unterschreitungen temporär auftreten z. B. durch Kapitalmarktcrashes. Problematischer wären allerdings dauerhafte Rechnungszinsunterschreitungen aufgrund eines Anhaltens der Niedrigzinsphase. In diesem Fall wäre eine Anpassung des Finanzierungssystems mittels der zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten notwendig. Über diese grundlegende Rechnungszinsanforderung hinaus sollte noch ein ausreichender Abstand zwischen Kapitalverzinsung und Rechnungszins bestehen, um aus den Überschüssen eine angemessene Dynamisierung zu finanzieren.

Zur Überprüfung des Risikos aus Abweichungen zwischen Kapitalanlagenverzinsung und Rechnungszins werden im Bereich Kapitalanlagen Kennzahlen für einen Zeitraum von maximal fünf Jahren berechnet, im Bereich Mathematik längerfristige Kennzahlen mit Betrachtungszeiträumen von zehn und 30 Jahren. Diese Kennzahlen werden mit einem Ampelsystem überwacht. Darüber hinaus werden die langfristigen Risiken durch gemeinsame Asset-Liability-Untersuchungen der Bereiche Kapitalanlagen und Mathematik analysiert. Sollten die Untersuchungen ergeben, dass der Rechnungszins geändert werden müsste, wären entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Um den derzeitigen versicherungstechnischen Risiken, insbesondere denen aus der Kapitalanlage, Rechnung zu tragen, hat die Anstalt das bisherige Finanzierungssystem um Elemente des sogenannten offenen Deckungs-

planverfahrens erweitert. Damit wurde die erforderliche Risikotragfähigkeit der Anstalt im ausreichenden Maße hergestellt.

Biometrischen Risiken, insbesondere aus der Verlängerung der Lebenserwartung, tragen wir Rechnung, indem wir die Bestandsentwicklung laufend beobachten und die Rechnungsgrundlagen wie z. B. Sterblichkeit und Invalidisierungswahrscheinlichkeit zur Berücksichtigung aktueller Entwicklungen anpassen. Sollten die gewonnenen Erkenntnisse dies erfordern, werden die versicherungstechnischen Rückstellungen entsprechend erhöht und das Beitrags-Leistungs-Verhältnis entsprechend abgesenkt.

Kapitalanlagerisiken

Für die Bayerische Apothekerversorgung gehört die Umsetzung einer risikokontrollierten und verantwortungsbewussten Kapitalanlagestrategie zu den wichtigsten Unternehmenszielen. Damit soll die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen erreicht werden. Dementsprechend sorgfältig planen wir die Investitionen in die diversen Anlageklassen. Etwaige Zinsrisiken und deren mögliche Auswirkungen auf den Kapitalertrag versuchen wir frühzeitig auf der Basis von kurz- und mittelfristigen Simulationsrechnungen mit aktuellen Zinsannahmen abzuschätzen. Die Risiken von Marktwertschwankungen einzelner Kapitalanlagen, ausgelöst durch negative Entwicklungen auf den Kapitalmärkten (Marktrisiko) oder einer Verschlechterung der Bonität bei einzelnen Emittenten (Bonitätsrisiko), liegen vor allem in einem dauerhaften Wertverlust einer Anlage. Unsere Kapitalanlageexperten steuern diese Risiken durch eine Reihe von Maßnahmen. Vor allem durch eine entsprechende Mischung und Streuung der Investments sowohl über Anlageklassen als auch über Emittenten vermeiden wir Konzentrationsrisiken und somit eine zu große Abhängigkeit von einzelnen Anlageklassen oder Emittenten. So wird z. B. das Emittentenrating der im Direktbestand gehaltenen festverzinslichen Titel laufend überwacht und regelmäßig berichtet. Weiterhin haben wir ein Limitsystem für Emittenten im Einsatz. Die Bonität nach Ratingklassen für den festverzinslichen Direktbestand ohne Einlagen bei Kreditinstituten stellt sich wie folgt dar:

Ratingsklassen zum 31. Dezember 2016	in Mio. Euro	in %
Investment Grade	3.363,93	93,82
Non Investment Grade	59,00	1,65
davon BB	59,00	1,65
davon B	0,00	0,00
davon CCC	0,00	0,00
Ohne Rating	162,76	4,54

Die Papiere ohne Rating betreffen Realkredite für sechs Gewerbeobjekte, die zusammen mit den anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer begeben wurden.

Emittenten der von uns gehaltenen Schuldscheine und Namenspapiere sind zum überwiegenden Teil Bund, Länder, öffentlich-rechtliche sowie privatrechtliche Kreditinstitute innerhalb der EU, wobei der Anteil deutscher Emittenten dominiert. Für den Großteil der festverzinslichen Wertpapiere sehen wir aktuell kein erhöhtes Risiko, da auch hier der Anteil der Emittenten mit guter und sehr guter Bonität überwiegt. In der Direktanlage haben wir keine Staatsanleihen der europäischen Peripheriestaaten gekauft bzw. im Bestand.

Weitere Maßnahmen betreffen die Optimierung der Assetklassen (= Anlageklassen), die genaue und ständige Analyse der Kapitalmärkte sowie Simulationsrechnungen zu möglichen Entwicklungen der Anlageklassen und deren Auswirkungen auf stille Reserven bzw. außerordentliche Abschreibungen. Hierbei führen unsere Experten Szenarioberechnungen sowohl für kurz- als auch für langfristige Zeiträume durch. Die Weiterentwicklung unseres Systems zur Analyse von Ertrags- und Risikokennzahlen bietet uns die Möglichkeit, auf einer gemeinsamen Plattform vielfältige Untersuchungen sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite durchzuführen. Hierbei werden auch Shortfall-Risiken bei den über den Masterfonds gehaltenen Anlagen betrachtet und über einen Conditional-Value-at-Risk-Ansatz gesteuert. Durch den Versorgungswerk-Masterfonds, in dem sämtliche Fondsanlagen enthalten sind, wird die Volatilität einzelner Anlageklassen, wie z. B. Aktien, gedämpft.

Liquiditätsrisiken

Dem Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen zu können begegnen wir, indem wir den Rückfluss der Ausleihungen steuern und die Liquidierbarkeit sicherstellen. Durch aktives Liquiditätsmanagement wird sowohl die kurz- als auch die langfristige Zahlungsfähigkeit der Bayerischen Apothekerversorgung sichergestellt. Bei kurzfristigem Kapitalbedarf könnte zudem auf den BVK-eigenen Cashpool zurückgegriffen werden.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Wesentliche Risiken aus dem Ausfall von Forderungen bestehen nicht. Denn die Forderungen betreffen großteils Beitragsforderungen, die i. d. R. aus der Stichtagsbetrachtung zum Jahreswechsel resultieren und im Januar des nachfolgenden Geschäftsjahres beglichen werden. Weitere Forderungen bestehen bei den Miet- und Nebenkosten aus Haus- und Grundbesitz und werden eng überwacht. Für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bay-

erischen Apothekerversorgung sind diese von untergeordneter Bedeutung.

Operationelle Risiken

Unter operationellem Risiko verstehen wir das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder aber externen Vorfällen. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Wesentlicher Erfolgsfaktor sind kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese zu gewinnen und zu binden ist eine kontinuierliche Herausforderung, vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des intensiven Wettbewerbs am Arbeitsmarkt. Insofern besteht das Risiko, dass Leistungsträger das Unternehmen verlassen und mit ihnen Fachwissen verloren geht. Kurzfristige negative Auswirkungen der Fluktuation werden durch entsprechende Stellvertreterregelungen, angemessene Prozessdokumentationen und eine konsequente Nachfolgeplanung minimiert. Um dem Verlust von Fach- und Führungskräften auch weiterhin erfolgreich entgegenzusteuern, bieten wir sichere Arbeitsplätze mit interessanten Entwicklungsmöglichkeiten, eine Vergütung auf der Grundlage der für den öffentlichen Dienst gültigen Tarifverträge und eine betriebliche Altersvorsorge. Neben flexiblen Arbeitszeiten, individuellen Teilzeitmodellen und weiterer Unterstützung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein attraktives Arbeitsumfeld. Hierzu gehören u. a. ein umfassendes Fortbildungsangebot, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie verschiedene Sozialleistungen. Das Prinzip der Vielfalt und Gleichbehandlung aller Mitarbeiter unterstützt uns dabei, die besten Fach- und Führungskräfte für unser Unternehmen zu gewinnen und langfristig an uns zu binden.

Von zentraler Bedeutung ist auch eine sichere und zukunftsfähige Informationstechnologie. Den Risiken eines Systemausfalls sowie eines Ausfalls technischer Einrichtungen begegnen wir u. a. durch regelmäßige Datensicherung und den Betrieb eines Backup-Rechenzentrums, das die schnelle Wiederherstellung von Daten und Anwendungen ermöglicht. Diese sind durch Zugriffsberechtigungen umfassend geschützt. Nicht zuletzt sichern Firewall-Systeme und Security-Gateways unsere IT-Infrastruktur gegen externe Angriffe. Im Übrigen orientiert sich die BVK in Fragen der Informationssicherheit an den Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Einheitliche Standards für Überwachungs- und Kontrollprozesse, wie etwa das Vier-Augen-Prinzip, gewährleisten auch für die organisatorischen Abläufe ein hohes Sicherheitsniveau.

Die grundlegenden Änderungen im Bereich der Altersversorgungspolitik haben ebenfalls Einfluss auf die Bayerische Apothekerversorgung. Daher beobachten wir Entwicklungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung kontinuierlich und systematisch, um frühzeitig auf Änderungen reagieren zu können. Zudem setzt sich die Bayerische Apothekerversorgung über die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV) im politischen Meinungsbildungsprozess aktiv für die Interessen ihrer Mitglieder ein.

Zusammenfassende Einschätzung der Risikolage

Dank der positiven Entwicklung des Masterfonds in 2016 konnte die Reservesituation der Bayerischen Apothekerversorgung leicht verbessert werden. Auf längere Sicht macht sich aber nach wie vor die geringe Verzinsung bei der Neu- bzw. Wiederanlage im verzinlichen Direktbestand negativ bemerkbar.

Die in den vergangenen Jahren getroffenen Maßnahmen auf der versicherungsmathematischen und auf der Kapitalanlageseite haben Wirkung gezeigt. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nach dem Risikomanagementsystem ProKoRisk keine sehr hohen oder hohen Risiken im Bereich der Kapitalanlagen bestehen.

Das Risiko, die Mindestzinsanforderung nicht erreichen zu können, d. h. einer temporären oder dauerhaften Unterschreitung des Rechnungszinses durch die Nettoverzinsung, ist weiter als hoch anzusehen. Das Risiko, dauerhaft nicht genug Überzins für eine inflationsausgleichende Dynamisierung zu erzielen, ist sogar als sehr hoch zu bewerten.

Mit der Erweiterung des Finanzierungssystems der Bayerischen Apothekerversorgung um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens ist das Versorgungswerk zukunfts fest aufgestellt. Die dadurch zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten gewährleisten, dass die Funktionsfähigkeit des Versorgungswerks sowohl im Falle nur kurzfristig wirkender Kapitalmarktereignisse als auch im Falle einer lange andauernden Niedrigzinsphase erhalten bleibt.

4. Prognosebericht

Bestandsentwicklung

Die Anzahl der Mitglieder im Versorgungswerk wird voraussichtlich auch im Geschäftsjahr 2017 geringfügig ansteigen; mit größeren Veränderungen ist allerdings nicht zu rechnen. Die Anzahl der Versorgungsempfänger wird sich entsprechend der Altersstruktur des Bestandes – wie in den Vorjahren – leicht erhöhen. Hierdurch bedingt wird die Gesamtzahl der aktiven Mitglieder auf hohem Niveau weitgehend stagnieren, da den Neuzugängen ein entsprechender Abgang von in den Altersruhegeldbezug wechselnden Mitgliedern gegenüber steht. In der Zusammensetzung des Bestandes ist in den letzten Jahren eine Verschiebung zugunsten der angestellt tätigen Mitglieder sowie eine konstant ansteigende Quote der weiblichen Mitglieder festzustellen. Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten insgesamt, d. h. der aktiven Mitglieder sowie der Anwartschaftsberechtigten aus früherer Mitgliedschaft bzw. aus Versorgungsausgleich wird auch zukünftig zunehmen.

Beiträge

Die Entwicklung des Beitragsaufkommens im Bereich der Pflichtbeiträge wird aufgrund der allgemeinen maßgeblichen Einflussfaktoren (Mitgliederwachstum, Einkommenssituation, Beitragssatz und Beitragsbemessungsgrenze) weiterhin nur geringfügige Steigerungsraten aufweisen: Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung blieb zum Jahreswechsel konstant bei 18,7 %. Die Beitragsbemessungsgrenze stieg hingegen um 150 Euro auf 6.350 Euro an. Die tarifvertragliche Steigerung der Gehälter der Angestellten im Geschäftsjahr 2017 dürfte sich auf die Entwicklung des Beitragsaufkommens positiv auswirken. Keine bzw. allenfalls sehr geringe Auswirkung haben die Beitragsübernahmen z. B. seit 1. Januar 2016 bei Krankengeldbezug oder seit 1. Januar 2015 bei Pflegeunterstützungsgeld. Für das Geschäftsjahr 2017 ist mit einem Beitragsaufkommen leicht über dem Wert 2016 zu rechnen.

Versorgungsleistungen/Anwartschaften

Die Steigerungen bei den Versorgungsleistungen werden im Geschäftsjahr 2017 weiterhin deutlich ausfallen und auch über dem Zuwachs im Rentnerbestand liegen, insbesondere wegen der höheren Eingangsrenten des Rentnerneuzugangs. Diesen Eingangsrenten liegen längere Beitragszeiten und damit höhere Beitragszahlungen und Anwartschaften als bei Eingangsrenten der Vorjahre zugrunde. Sie liegen in der Regel auch deutlich über den durch Tod wegfallenden Bestandsrenten, die

auf kürzeren Mitgliedschaftszeiten und geringeren Einzahlungen beruhen.

Die Anwartschaftsanteile, die sich aus der verringerten Verrentung der Beitragszahlungen ab 1. Januar 2006 bzw. 1. Januar 2010 ergeben und denen ein geringerer Rechnungszins zugrunde liegt (3,25 % bzw. 2,5 %), spielen von der Gewichtung der Rentenhöhe noch eine untergeordnete Rolle. Die Absenkung zeigt allerdings jetzt schon eine stärkere Wirkung bei dem künftigen Niveau des Ruhegelds bei Berufsunfähigkeit.

Rückstellungen

Da der Bestand der Bayerischen Apothekerversorgung von Aktiven dominiert wird, sowie weiterhin stabile Beitragseinnahmen erwartet werden, ist auch in den kommenden Jahren mit einem kontinuierlichen Anstieg der versicherungstechnischen Rückstellungen zu rechnen.

Kapitalanlagen

Die Märkte werden auch in diesem Jahr im Zeichen der Politik stehen, da nach den Parlamentswahlen in den Niederlanden und den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich, weitere Parlamentswahlen in Deutschland anstehen.

Im Juni 2017 begannen die Verhandlungen um den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Die britische Premierministerin Theresa May machte deutlich, dass Großbritannien bereit ist, auf den Zugang zum Europäischen Binnenmarkt und die Zollunion zu verzichten, um die Kontrolle über die Einwanderung zurückzugewinnen und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs zu beenden. Somit steuert Großbritannien wohl auf einen sogenannten harten Brexit zu.

Schwer einzuschätzen sind weiter die Auswirkungen der Neuausrichtung der US-amerikanischen Politik von Präsident Donald Trump. Dies erzeugt Unsicherheit und ist somit schlecht für die Finanzmärkte, die Verlässlichkeit und Kontinuität schätzen. Zwar hat der neue US-Präsident massive Steuersenkungen und milliardenschwere Investitionen in die Infrastruktur angekündigt, die die US-Wirtschaft sicher befeuern würden. Doch befürchten viele Anleger dadurch einen weiteren Anstieg der jetzt schon hohen Staatsverschuldung. Auch die Einschränkungen des freien Warenverkehrs und eine Abschottung durch Grenzzäune dürften sich negativ auf die Wirtschaft auswirken. Für einige Jahre könnte sich das Wirtschaftswachstum der USA durch Steuersenkungen und Investitionsprogramme tatsächlich beschleunigen. Die Inflations-

erwartungen der Marktteilnehmer dies- und jenseits des Atlantiks sind jedenfalls seit November 2016 gestiegen.

Die zu Jahresbeginn 2016 befürchtete harte Landung der chinesischen Volkswirtschaft ist ausgeblieben. Die Wirtschaft wuchs 2016 mit 6,8 % allerdings so langsam wie seit 25 Jahren nicht mehr. Das Wachstum stützt sich zunehmend auf einen massiven Anstieg der Verschuldung staatlicher Unternehmen.

Die Fundamentaldaten in den Emerging Markets dürften sich im Jahr 2017 in einem weitgehend optimistischen globalen Umfeld allmählich verbessern. Die Stabilisierung der Rohstoffpreise in 2016 hilft vor allem den Volkswirtschaften Brasiliens und Russlands.

Da protektionistische und nationalistische Parteien derzeit weltweit Zulauf erleben, ist zu befürchten, dass Abschottungstendenzen in vielen Staaten zunehmen werden. In den USA und Großbritannien werden erste Schritte dahin bereits unternommen. Eine Abschirmung der nationalen Wirtschaft und nachfolgende Handelskriege würden aber der gesamten Weltwirtschaft schaden und vor allem ärmere Nationen treffen.

Gründe für Sorgen der Anleger gibt es also weiterhin, die Grundlagen für ein volatiles Börsenjahr sind vorgegeben und es wird stark von Amerika geprägt sein. Vor dem Hintergrund einer voraussichtlich expansiveren Fiskalpolitik werden Investoren auch die US-Geldpolitik aufmerksam verfolgen. Ein zu starker Zinsanstieg, ausgelöst durch eine restriktivere Geldpolitik der FED, könnte letztendlich Druck auf die Kapitalmärkte erzeugen.

Die Gewinne der Unternehmen sind jedoch robust und könnten durch stimulierende Maßnahmen vor allem in den USA weiter steigen. Die Zinsen am langen Ende haben sich zwar von ihren Tiefstständen erholt, erreichen aber bei weitem noch keine auskömmlichen Niveaus. Ein Trend zu steigenden Kapitalmarktzinsen ist jedoch erkennbar. Der letztjährige Anstieg des Ölpreises war mit sehr vielen Fragezeichen verbunden. So ist nicht vorhersehbar, ob sich die OPEC-Länder an die vereinbarte Förderkürzung halten werden bzw. ob die zunächst auf sechs Monate begrenzte Maßnahme verlängert wird. Ein eventuell weiterer Anstieg sollte daher begrenzt sein. In diesem Umfeld sollten sich die Aktienmärkte zumindest im ersten Halbjahr weiter positiv entwickeln.

Die globalen Immobilienmärkte befinden sich teilweise in verschiedenen Zyklen. Während in Deutschland weiter mit Angebotsengpässen und Druck auf die Renditen zu rechnen ist, sieht die Lage auf anderen Märkten besser aus. Allerdings werden die Marktteilnehmer die Geldpolitik der einzelnen Länder genau beobachten. Bei stei-

genden Zinsen ist mit einem Rückgang der Aktivitäten auf den Immobilienmärkten zu rechnen.

Die Kapitalanlagen der Bayerischen Apothekerversorgung werden auch in 2017 weiter ansteigen. Bei den aktuellen Rahmenbedingungen sieht unsere Investitionsplanung vor, die Fondsanlage weiter zu stärken und die Mittel, die in die Rentendirektanlage fließen, möglichst gering zu halten. Ein großer Teil der anzulegenden Gelder wird erneut weltweit in indirekte Immobilien- sowie Beteiligungsinvestments erfolgen. Weiterhin versuchen wir opportunistische Gelegenheiten an den Märkten für weitere Investments an den Aktien- und Rentenmärkten zu nutzen.

Bei der Kapitalanlage werden wir auch in Zukunft weit-sichtig agieren und sich bietende Möglichkeiten im vorgegebenen Rahmen nutzen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Auf Basis der bisherigen Geschäftsentwicklung erwarten wir für das Geschäftsjahr 2017 eine Verzinsung der Kapitalanlagen leicht unter dem Vorjahresniveau. Durch die planmäßigen Tilgungen im Rentendirektbestand verlieren wir einen wichtigen Renditebeitrag, der durch die Fondsanlagen kompensiert werden muss.

Zusammenfassende Einschätzung zum Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2017 ist mit einem geringfügigen Anstieg des Mitgliederbestands und des Beitragsaufkommens sowie mit einer Zunahme des Bestands an Versorgungsempfängern zu rechnen. Diese Entwicklung entspricht den Erwartungen für das Versorgungswerk.

Hinsichtlich der Verzinsung der Kapitalanlage ist für das Geschäftsjahr 2017 mit einem etwas niedrigeren Ergebnis als 2016 zu rechnen. Diese Einschätzung kann allerdings durch jetzt noch nicht vorhersehbare Entwicklungen an den Kapitalmärkten beeinflusst werden.

Die Kapitalmärkte werden auch künftig in starkem Maße von der geopolitischen Situation sowie von den Aktivitäten der einzelnen Notenbanken geprägt sein, sodass neben Schwankungen auch die weiter extrem niedrige Zinssituation an den Kapitalmärkten auf das Geschäftsergebnis Einfluss nehmen wird.



JAHRESABSCHLUSS

B. JAHRESABSCHLUSS

Bilanz zum 31. Dezember 2016

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

AKTIVA	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				66.117	527.703
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			356.578.961		354.224.690
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		46.902.548			49.347.377
2. Beteiligungen		13.847.792	60.750.340		—
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		4.049.855.496			3.390.894.860
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		18.693.009			18.693.009
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		162.760.752			104.800.000
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	2.204.300.000				2.399.800.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.199.937.231	3.404.237.231			1.494.500.000
5. Einlagen bei Kreditinstituten		10.000.000			11.300.000
6. Andere Kapitalanlagen		33.000	7.645.579.488		33.000
				8.062.908.789	7.823.592.936
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			4.619.178		3.870.476
II. Sonstige Forderungen			31.050.034		9.569.513
				35.669.212	13.439.989
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			378.406		374.441
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			12.737.390		615.876
III. Andere Vermögensgegenstände			21.183.606		20.417.178
				34.299.402	21.407.495
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			76.241.782		83.792.804
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			12.306.715		14.390.243
				88.548.497	98.183.047
Summe der Aktiva				8.221.492.017	7.957.151.170

PASSIVA	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gewinnrücklagen Sicherheitsrücklage		28.623.443	27.370.443
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen	8.115.404.941		7.859.583.749
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3.192.637		2.461.959
III. Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen	44.498.800		40.236.644
		8.163.096.378	7.902.282.352
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	10.230.730		9.856.051
II. Sonstige Rückstellungen	2.275.096		1.889.679
		12.505.826	11.745.730
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber: 1. Versicherungsnehmern	3.640.360		2.620.502
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern: 125.687 Euro (Vorjahr: 151.196 Euro) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 Euro (Vorjahr: 0 Euro)	13.625.906		13.119.712
		17.266.266	15.740.214
E. Rechnungsabgrenzungsposten		104	12.431
Summe der Passiva		8.221.492.017	7.957.151.170

Es wird bestätigt, dass die Rentenbemessungsgrundlage und die versicherungstechnischen Rückstellungen nach dem zuletzt am 11. April 2017 genehmigten technischen Geschäftsplan festgelegt worden sind.

München, 24. Juli 2017

Baader
Versicherungsmathematischer Sachverständiger/
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

Posten	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge Gebuchte Beiträge			215.638.823	208.258.620
2. Beiträge aus der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen			8.267.844	6.862.399
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	23.392.897			22.808.358
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	272.718.255	296.111.152		304.425.336
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		22.046.410		2.338.000
			318.157.562	329.571.694
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			7.244	7.856
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		250.849.516		239.630.720
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		730.677		-1.011.381
			251.580.193	238.619.339
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen			255.821.193	250.060.733
7. Aufwendungen für künftige Leistungsverbesserungen			12.530.000	10.780.000
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Verwaltungsaufwendungen			4.224.683	4.348.323
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		6.509.150		7.404.225
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		7.582.166		29.574.074
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.047.270		—
			15.138.586	36.978.299
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			1.563	1.394
11. Versicherungstechnisches Ergebnis			2.775.255	3.912.481

Posten	Euro	Euro	Vorjahr Euro
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	515.189		429.224
2. Sonstige Aufwendungen	1.250.427		2.286.344
		-735.238	-1.857.120
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		2.040.017	2.055.361
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		182.793	373.137
5. Sonstige Steuern		604.224	604.224
6. Jahresüberschuss		1.253.000	1.078.000
7. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage		1.253.000	1.078.000
8. Bilanzgewinn		—	—

Anhang

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechtliche Grundlagen

Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden nach Art. 12 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) i.V.m. § 6 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) unter Berücksichtigung des Finanzierungsverfahrens und in entsprechender Anwendung

- des § 55 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in der geänderten Fassung vom 26. März 2007,
- der §§ 238 ff., §§ 341 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung sowie
- der Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung

wie für eine Pensionskasse aufgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Abschreibungen erfolgen in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften linear.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, Gebäude mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Zusatz- und Sondereinrichtungen in Gebäuden werden regelmäßig einheitlich mit den Gebäuden abgeschrieben. Die planmäßigen Abschreibungen von den Anschaffungs- und Herstellungskosten betragen grundsätzlich 2,5 % p. a. linear auf 40 Jahre. Bei Wohngebäuden beträgt der Abschreibungssatz 1,5 %.
Anteile an verbundenen Unternehmen	Diese werden zu den Anschaffungskosten bewertet.
Wertpapiere und Anteile	Fondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen sind dem Anlagevermögen zugeordnet und werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen werden mit den um die Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten ausgewiesen. Einbehaltene Disagio-Beträge werden als Passive Rechnungsabgrenzungen geführt und entsprechend der durchschnittlichen Laufzeit anteilig vereinnahmt.
Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit den um Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten bewertet. Agio- und Disagioträge werden durch Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt. Im Bestand der Bayerischen Apothekerversorgung befinden sich nach IDW RS HFA 22 ausschließlich einfach strukturierte Produkte, welche keiner getrennten Bewertung bedürfen.
Einlagen bei Kreditinstituten	Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nennwerten bewertet.
Andere Kapitalanlagen	Andere Kapitalanlagen werden mit ihren Anschaffungskosten bewertet.

Zeitwertermittlung

Die Zeitwertermittlung der Kapitalanlagen haben wir wie folgt vorgenommen:

1. Die Wertermittlung der Immobilien erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen des BauGB, der ImmoWertV vom 19. Mai 2010 und den allgemein anerkannten Richtlinien der Wertermittlung. Die Bewertung wird in der Regel nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren (GDV-Methode II) zum Stichtag 31. Dezember jeden Jahres durchgeführt.
2. Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Marktwerten bewertet. Analog der Immobilien im Direktbestand wird der aktuelle Verkehrswert des Objekts ermittelt. Auf Basis der Bilanz ergibt sich unter Berücksichtigung dieses Verkehrswerts und den übrigen Vermögensgegenständen und Schulden der Grundstücksgesellschaft das Eigenkapital zu Zeitwerten und somit der aktuelle Zeitwert des Anteils am verbundenen Unternehmen bzw. an der Beteiligung. Für das Grundstück der Grundstücksgesellschaft RS 76 OHG wird der im Gutachten für den Ankauf errechnete Wert als Verkehrswert angesetzt.
3. Investmentanteile und Inhaberpapiere wurden mit dem Rücknahmepreis bzw. Börsenkurswert zum Bilanzstichtag bewertet.
4. Der festverzinsliche Direktbestand (Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, Hypothekenforderungen (Realkredite) und übrige Ausleihungen) wird auf der Grundlage der Swap-Kurve (Euribor vs. 6 Monate) im ERP-System als Standardtransaktion berechnet. Dabei werden die Spreads (Zinsaufschläge) auf gedeckte Namensschuldverschreibungen und Hypothekenforderungen von der Zinsstrukturkurve gedeckter europäischer Anleihen (European Covered Bond AAA Index) und auch differenzierte Spreads für ungedeckte Namensschuldverschreibungen, Schuldscheine und übrige Ausleihungen berücksichtigt.
5. Die laufende Überwachung/Bewertung der Strukturen wird über das Client-Serverbasierende Bewertungsprogramm „Derik Pro“ der Landesbank Baden-Württemberg sichergestellt. Für drei Strukturen (zwei Binary Steepener und ein Inflation Linker) werden die Bewertungen noch von den jeweiligen Kontrahenten zur Verfügung gestellt. Die Bayerische Versorgungskammer verifiziert diese Kurse mit Hilfe eines eigenen Zinsmodells.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Zins- und Mietforderungen und sonstige Forderungen

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Zins- und Mietforderungen und sonstige Forderungen werden mit dem Nennbetrag bewertet. Anfallende Einzelwertberichtigungen und Abschreibungen zu Beitragsforderungen werden bei den entsprechenden Aktivposten abgesetzt. Mietforderungen werden bei Uneinbringlichkeit abgeschrieben; bei Zweifelhafteit werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Verbleibende Mietforderungen werden abhängig von deren Fälligkeit pauschal wertberichtigt.

Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Vermögensgegenstände

Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Vermögensgegenstände werden zum Anschaffungspreis, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Planmäßige Abschreibungen werden in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften vorgenommen.

Andere Vermögensgegenstände

Andere Vermögensgegenstände werden grundsätzlich mit den Nennwerten ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten	Die aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden mit dem Nominalbetrag bewertet. Diese enthalten im Wesentlichen Agio- und Disagiobeträge, die über die Laufzeit der zugrunde liegenden Kapitalanlagen ertragswirksam aufgelöst werden.
Sicherheitsrücklage	Die Bayerische Apothekerversorgung hat aufgrund von Art. 14 VersoG eine Sicherheitsrücklage gebildet. Diese dient der Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versorgungsverhältnissen. Die Mindestzuführung zur Sicherheitsrücklage ist in § 8 der Durchführungsverordnung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) geregelt.
Versicherungstechnische Rückstellungen	<p>Die Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen wird nach dem versicherungsmathematischen Geschäftsplan errechnet, wobei die Verlängerung der Lebenserwartung im Rahmen einer stufenweisen Anpassung der biometrischen Rechnungsgrundlagen berücksichtigt wird. Als Grundlage hierfür, insbesondere für die Zunahme der Lebenserwartung, dienen die Richttafeln 2006 G der ABV und eigene Beobachtungen.</p> <p>Die am Bilanzstichtag laufenden Versorgungsleistungen in ihrer ab 31. Dezember 2016 erreichten Höhe und die bis zu diesem Zeitpunkt erworbenen Anwartschaften der aktiven Mitglieder werden nach den einzelnen Lebensaltern aufgeteilt und mit den geschäftsplanmäßigen Barwerten bewertet. Der Rechnungszins für die Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2006 entstanden sind, beträgt 4 %, für die Anwartschaften, die ab dem 1. Januar 2006 entstanden sind, 3,25 % und für Anwartschaften, die ab dem 1. Januar 2010 entstanden sind (ab dem 1. Januar 2015: Rentenpunkte), 2,50 %. Außerdem enthält die Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen eine Rückstellung für Zins, mit der dem Zinsrisiko aus den Anrechten mit einem Rechnungszins von 4 % und 3,25 % begegnet werden soll. Seit dem Geschäftsjahr 2010 sind geschäftsplanmäßig jährlich Zuführungen zu dieser Rückstellung vorzunehmen.</p> <p>Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Die eingetretenen, aber noch nicht bekannten Fälle werden versicherungsmathematisch geschätzt. Eingetretene und bekannte, aber noch nicht regulierte Versicherungsfälle werden in einer Einzelfallbetrachtung bewertet.</p> <p>Die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen enthält die für Leistungsverbesserungen thesaurierten Mittel. Sie wird aus dem Jahresrohüberschuss dotiert und verringert sich, wenn Mittel zur Finanzierung von Leistungsverbesserungen entnommen werden.</p>
Nichtversicherungstechnische Rückstellungen	<p>Die Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,25 % berechnet. Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem Barwert der Verpflichtung mit einem Rechnungszinsfuß von 2,25 % angesetzt.</p> <p>Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe der zu erwartenden Ausgaben gebildet.</p>
Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag bewertet.

2. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A. und B. im Geschäftsjahr 2016

	Bilanzwerte Vorjahr Euro	Zugänge Euro	Umbu- chungen Euro	Abgänge Euro	Zuschrei- bungen Euro	Abschrei- bungen Euro	Bilanzwerte Geschäftsjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	527.703	7.287	—	—	—	468.873	66.117
B. Kapitalanlagen							
I. Grundstücke, grundstücksglei- che Rechte und Bauten ein- schließlich der Bauten auf frem- den Grundstücken	354.224.690	9.936.438	—	—	—	7.582.167	356.578.961
II. Kapitalanlagen in verbunde- nen Unternehmen und Beteili- gungen							
1. Anteile an verbundenen Un- ternehmen	49.347.377	3.671	—	2.448.500	—	—	46.902.548
2. Beteiligungen	—	13.847.792	—	—	—	—	13.847.792
3. Summe B. II.	49.347.377	13.851.463	—	2.448.500	—	—	60.750.340
III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festver- zinsliche Wertpapiere	3.390.894.860	658.960.636	—	—	—	—	4.049.855.496
2. Inhaberschuldverschreibun- gen und andere festverzins- liche Wertpapiere	18.693.009	40.308.581	—	40.308.581	—	—	18.693.009
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenforderungen	104.800.000	58.635.000	—	674.248	—	—	162.760.752
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschrei- bungen	2.399.800.000	52.500.000	—	248.000.000	—	—	2.204.300.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.494.500.000	5.617.028	—	300.179.797	—	—	1.199.937.231
5. Einlagen bei Kreditinstituten	11.300.000	—	—	1.300.000	—	—	10.000.000
6. Andere Kapitalanlagen	33.000	—	—	—	—	—	33.000
7. Summe B.III.	7.420.020.869	816.021.245	—	590.462.626	—	—	7.645.579.488
Insgesamt	7.824.120.639	839.816.433	—	592.911.126	—	8.051.040	8.062.974.906

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten gegebenenfalls abzüglich von Abschreibungen bilanzierten Kapitalanlagen beträgt bei den Grundstücken und den Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen 527,66 Mio. Euro und bei den restlichen Kapitalanlagen insgesamt 8.505,74 Mio. Euro.

zu A. Immaterielle Vermögens- gegenstände – sonstige

Es handelt sich um gekaufte Software in Miteigentum mit anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer.

**zu B.
Kapitalanlagen****B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

Der Grundbesitz setzte sich am Bilanzstichtag aus neun Grundstücken mit Wohnbauten, sieben Grundstücken mit Geschäftsbauten sowie einem Grundstück mit unfertigen Bauten zusammen. Der Hausbesitz der Anstalt umfasste zum Jahresende 1.015 Wohnungen, 133 Mieteinheiten für gewerbliche Nutzungen sowie 1.820 Kfz-Abstellplätze.

Mit einem Buchwert von 37.571.633 Euro und einem Marktwert von 37.530.000 Euro ergaben sich stille Lasten in Höhe von 41.633 Euro, die das Objekt „Liesenstraße“ in Berlin betreffen. Gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip sind auf Immobilien bei dauerhafter Wertminderung Abschreibungen vorzunehmen (§ 253 Abs. 3 Satz 5 HGB). Diese liegen vor, wenn der Buchwert erheblich vom Verkehrswert abweicht und nicht mittelfristig durch die planmäßigen Abschreibungen wieder erreicht wird. Dies ist für die zum 31. Dezember 2016 im Bestand befindlichen Immobilien nicht der Fall.

B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen**1. Anteile an verbundenen Unternehmen**

Der ausgewiesene Betrag i. H. v. 46.874.574 Euro betrifft den 94,9 %igen Anteil an der Objektgesellschaft DUCATO Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in Pullach, die über eine weitere Beteiligungsgesellschaft nur das Objekt „Kurfürstenhof Heidelberg“ hält. Das Eigenkapital der KG liegt bei 43.203.076 Euro. Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 39.917 Euro erzielt.

Des Weiteren hält die Anstalt den 100 %igen Anteil an der Komplementärgesellschaft INOS 15-029 GmbH der oben genannten Objektgesellschaft mit Sitz ebenfalls in Pullach (27.974 Euro). Das Eigenkapital der Komplementärgesellschaft beträgt 22.367 Euro. Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.033 Euro erzielt.

2. Beteiligungen

Die Bayerische Apothekerversorgung ist zusammen mit den anderen Versorgungseinrichtungen der BVK mit einem Anteil von 11,2 % an der Grundstücksgesellschaft RS 76 OHG mit Sitz in München beteiligt. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 123.641.000 Euro und das Geschäftsergebnis liegt bei -38.750 Euro (Verlust).

**zu C.
Forderungen****C. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer**

Dieser Posten umfasst nahezu ausschließlich Beitragsforderungen gegenüber Mitgliedern. Gemessen am Beitragsaufkommen ist der Außenstandsatz nach Wertberichtigungen von 1,8 % im Vorjahr auf 2,1 % in 2016 gestiegen.

C. II. Sonstige Forderungen

Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich hauptsächlich um Forderungen aus dem Haus- und Grundbesitz (8.311.036 Euro) und gegenüber dem Cash-Pool (22.001.323 Euro).

**zu D.
Sonstige
Vermögensgegenstände**

D. I. Sachanlagen und Vorräte

Der Posten enthält im Wesentlichen die in Miteigentum mit anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer stehende Betriebs- und Geschäftsausstattung der Bayerischen Apothekerversorgung.

D. III. Andere Vermögensgegenstände

Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich hauptsächlich um Vorauszahlungen von Versorgungsleistungen (21.091.662 Euro).

**zu E.
Rechnungsabgrenzungs-
posten**

E. I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Die ausgewiesenen Forderungen beinhalten ausschließlich Zinsforderungen, die anteilig abgegrenzt wurden und im folgenden Geschäftsjahr zur Zahlung fällig werden.

E. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist im Wesentlichen der Agio-Bestand aus Schuldscheinforderungen und Darlehen (5.257.665 Euro) sowie aus Namensschuldverschreibungen (7.005.506 Euro) enthalten.

Passiva

zu A. Eigenkapital – Sicherheitsrücklage

Die Bayerische Apothekerversorgung bildet aufgrund Art. 14 VersoG eine Sicherheitsrücklage. Zur Zuführung siehe GuV-Posten II. 7.

zu B. Versicherungs- technische Rückstellungen

	2016 Euro	2015 Euro	Veränderung Euro
I. Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen	8.115.404.941	7.859.583.749	255.821.192
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3.192.637	2.461.959	730.678
III. Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen	44.498.800	40.236.644	4.262.156
Insgesamt	8.163.096.378	7.902.282.352	260.814.026

Die Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen wird nach dem versicherungsmathematischen Geschäftsplan aus den Rückstellungen für die zum Bilanzstichtag bestehenden Anwartschaften und Verpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern (einschließlich Hinterbliebene), aus der Rückstellung für Zins und aus der Rückstellung für Biometrie gebildet.

Die Rückstellung für Zins als Teil der Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen, mit der dem Zinsrisiko aus den Anrechten mit einem Rechnungszins von 4 % und 3,25 % begegnet werden soll, erhöhte sich geschäftsplanmäßig 186.039.304 Euro (Vorjahr: 176.059.131 Euro).

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erhöhte sich auf 3.192.637 Euro (Vorjahr: 2.461.959 Euro).

Die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen (RkL) enthält Mittel in Höhe von 44.498.800 Euro. Da zum 1. Januar 2017 keine Dynamisierungen beschlossen wurden, steht die gesamte RkL für künftige Leistungsverbesserungen zur Verfügung. Über die Verwendung dieser Mittel wurde aber noch nicht entschieden.

**zu C.
Andere Rückstellungen**

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen werden für Beamte bzw. ehemalige Beamte sowie deren Hinterbliebene aufgrund beamtenrechtlicher Vorschriften gebildet.

C. II. Sonstige Rückstellungen

	2016 Euro	2015 Euro	Veränderung Euro
Beihilfeverpflichtungen	1.319.502	1.310.278	9.224
Urlaubsverpflichtungen	160.569	156.357	4.212
Jahresabschlusskosten	142.547	141.628	919
Haus- und Grundbesitz	497.438	96.932	400.506
Überstunden	81.035	82.732	-1.697
Belegaufbewahrung	59.122	70.257	-11.135
Altersteilzeit	3.662	9.060	-5.398
Prozesse	3.361	4.231	-870
sonstige Rückstellungen übrige	7.860	18.204	-10.344
Insgesamt	2.275.096	1.889.679	385.417

**zu D.
Andere
Verbindlichkeiten**

D. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Die Verbindlichkeiten beruhen überwiegend auf Beitragsüberzahlungen, die nach dem Bilanzstichtag ausgeglichen werden.

D. II. Sonstige Verbindlichkeiten

Der größte Teil des Bilanzpostens entfällt auf Verbindlichkeiten aus Betriebskostenvorauszahlungen (3.395.797 Euro), aus Mietkautionen (2.902.406 Euro), aus Lieferungen und Leistungen des Haus- und Grundbesitzes (2.511.053 Euro) sowie aus übrigen Verbindlichkeiten des Haus- und Grundbesitzes (2.491.901 Euro).

**zu E.
Rechnungsabgrenzungsposten**

Dieser Posten enthält die Disagio-Bestände aus Schuldscheinforderungen und Darlehen (104 Euro).

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

zu I. 1. Verdiente Beiträge – gebuchte Beiträge

	2016 Euro	2015 Euro
Beiträge	215.731.471	208.507.127
Abschreibungen	-224.939	-350.877
Veränderung der Wertberichtigungen	132.291	102.370
Insgesamt	215.638.823	208.258.620

Die Erhöhung des Beitragsaufkommens ergab sich aus der Änderung der Parameter in der gesetzlichen Rentenversicherung (Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze um 150 Euro auf 6.200 Euro bei gleichbleibendem Beitragssatz von 18,7 %) und der Tarifierhöhung bei den approbierten Angestellten zum 1. Januar 2016.

zu I. 2. Beiträge aus der Rück- stellung für künftige Leistungsverbesserun- gen

Für die Dynamisierung zum 1. Januar 2016 wurden der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen im Bilanzjahr 8.267.844 Euro entnommen.

zu I. 3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2016 Euro	2015 Euro
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) aus Grundstücken	23.392.897	22.808.358
bb) aus anderen Kapitalanlagen		
– aus Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3.521.090	4.274.652
– aus Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	143.925.595	170.361.868
– aus Wertpapieren und Anteilen	125.269.222	129.788.536
– aus Festgeldern, Termingeldern und Spareinlagen bei Kreditinstituten	2.348	280
	296.111.152	327.233.694
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		
– Schuldscheindarlehen	20.965.000	1.275.000
– Namensschuldverschreibungen	959.400	—
– Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	122.010	1.063.000
	22.046.410	2.338.000
Insgesamt	318.157.562	329.571.694

**zu I. 5.
Aufwendungen für
Versicherungsfälle (ein-
schließlich Regulie-
rungsaufwendungen)**

	2016 Euro	2015 Euro
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
Altersruhegeld	218.037.649	208.054.289
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit	6.494.172	6.452.312
Witwen- und Witwergeld	20.427.941	19.633.093
Waisengeld	1.323.266	1.389.278
Unterhaltsberechtigte	41.040	41.040
Summe laufende Versorgungsleistungen	246.324.068	235.570.012
Abfindungen	33.773	173.611
Versorgungsausgleich	1.415.168	705.688
Einnahmen aus Regressen	-19.959	-23.547
Beitragsüberleitungen	1.367.663	1.331.367
Reha-Leistungen	5.397	1.193
Regulierungsaufwand	1.723.406	1.872.396
Summe Zahlungen für Versicherungsfälle	250.849.516	239.630.720
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	730.677	-1.011.381
Insgesamt	251.580.193	238.619.339

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle stieg um 730.677 Euro auf 3.192.637 Euro.

**zu I. 6.
Veränderung der
übrigen versicherungs-
technischen Netto-
Rückstellungen – Rück-
stellung für laufende
und künftige Versor-
gungsleistungen**

Der ausgewiesene Erhöhungsbetrag entspricht dem Anwachsen der laufenden Leistungsverpflichtungen und der Anwartschaften.

**zu I. 7.
Aufwendungen für
künftige Leistungsver-
besserungen**

Zu Lasten des Jahresergebnisses wurden 12.530.000 Euro der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen zugeführt.

**zu I. 8.
Aufwendungen für den
Versicherungsbetrieb**

Dieser Aufwandsposten stellt den Hauptteil der gesamten persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten dar. Weitere Verwaltungskosten sind in den GuV-Posten Nrn. I. 5. a) und I. 9. a) enthalten.

**zu I. 9.
Aufwendungen für
Kapitalanlagen**

a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen

An Kosten für die Verwaltung der Kapitalanlagen sind 2.255.181 Euro (Vorjahr: 2.403.992 Euro), an Betriebskosten, Erhaltungsaufwand und sonstigen Kosten für den Grundbesitz 4.229.707 Euro (Vorjahr: 3.261.391 Euro) angefallen. Auf Zinserträge für erstrangige Darlehen der HETA (vormals Hypo Alpe Adria mit Gewährträgerhaftung des Bundeslandes Kärnten) wurde eine Abschreibung in Höhe von 24.262 Euro (Vorjahr: 1.738.843 Euro) vorgenommen.

b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Es handelt sich um planmäßige Abschreibungen auf den Grundbesitz in Höhe von 7.582.166 Euro (Vorjahr: 7.574.074 Euro).

Im Geschäftsjahr sind keine Abschreibungen auf Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen angefallen. Im Vorjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 22.000.000 Euro auf Schuldscheindarlehen vorgenommen.

**zu II. 1.
Sonstige Erträge**

In diesem Posten sind im Wesentlichen die Erträge aus den erbrachten Kapitalanlagendienstleistungen für die Sächsisch-Thüringische Apothekerversorgung (425.248 Euro) enthalten.

**zu II. 2.
Sonstige
Aufwendungen**

	2016 Euro	2015 Euro
Pensions- und Beihilfeaufwendungen	460.053	1.162.628
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	300.132	239.573
Beratungskosten	145.761	537.190
Verbandsmitgliedsbeitrag	80.676	79.897
Kapitalanlageleistung für Kooperationspartner	67.991	55.557
Ausschüsse	50.304	39.120
Aufwandsentschädigung	47.419	48.311
Kosten des Jahresabschlusses	41.839	41.147
Versicherungsaufsichtsgebühren	27.306	26.408
90-Jahr-Feier BApV	—	29.701
Sonstige	28.946	26.812
Insgesamt	1.250.427	2.286.344

**zu II. 4.
Steuern vom
Einkommen und Ertrag**

Der Posten enthält im Wesentlichen die auf Dividendenerträge einbehaltene Kapitalertragsteuer (173.263 Euro).

**zu II. 5.
Sonstige Steuern**

Hierbei handelt es sich um die Grundsteuer für den Haus- und Grundbesitz der Anstalt.

**zu II. 7.
Einstellungen in
Gewinnrücklagen in die
Sicherheitsrücklage**

Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.253.000 Euro wurde vollständig der Sicherheitsrücklage zugeführt. Die Zuführung entspricht der Mindestzuführung nach § 8 der Durchführungsverordnung zum Versorgungsgesetz.

4. Sonstige Angaben

Persönliche Aufwendungen

	2016 Euro	2015 Euro
1. Löhne und Gehälter	4.857.203	4.615.469
2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	817.906	782.482
3. Aufwendungen für Altersversorgung	311.507	660.276
Aufwendungen insgesamt	5.986.616	6.058.227

Bezüge der Organe

Die Organe der Bayerischen Apothekerversorgung sind auf Seite 56 ff. aufgeführt.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands der Bayerischen Versorgungskammer richtet sich nach Dienstverträgen in Anlehnung an das bayerische Beamtenbesoldungsrecht, die Bezüge der Beamten nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften, die Vergütung der Angestellten nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Die Versorgungsbezüge der früheren Vorstandsmitglieder entsprechen den Regelungen des bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes.

Die Mitglieder des Landesausschusses sind ehrenamtlich tätig (vgl. Erläuterung zu GuV Posten Nr. II. 2. Sonstige Aufwendungen, Seite 46 des Geschäftsberichts).

Mitarbeiterkennzahlen

Die Geschäftsführung der Bayerischen Versorgungskammer erfolgt gem. Art. 6 Abs. 2 Satz 1 VersoG im organisatorischen, sächlichen und personellen Verwaltungsverbund; dementsprechend sind die in der Bayerischen Versorgungskammer tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arbeitnehmer aller von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen. Die beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Beamte des Freistaats Bayern.

Die für die Bayerische Apothekerversorgung anzugebende durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter berücksichtigt zum einen die ausschließlich ihr zurechenbaren Beschäftigten und zum anderen den aus der Kostenverteilung rechnerisch abgeleiteten Anteil der für mehrere Versorgungseinrichtungen tätigen Beschäftigten.

Mitarbeiter mit Vergütung

Die Kennzahl wurde unter Berücksichtigung der aufgrund Altersteilzeitvereinbarung freigestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Durchschnitt der Quartalsstichtage ermittelt.

	2016	2015
Beschäftigte (Beamte und Arbeitnehmer)	96	94
davon befristet Beschäftigte	3	3
davon Teilzeitbeschäftigte	32	30

Mitarbeiter nach Kapazität

	2016	2015
Mitarbeiter nach Kapazität	85	83

Tarifvertraglich bedingt sind 40,1 Wochenstunden Basis der Berechnung.

Der Vorstand dankt allen mit der Tätigkeit der Bayerischen Apothekerversorgung befassten Stellen und Gremien für die Unterstützung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die von ihnen geleistete Arbeit.

München, den 25. Juli 2017

Bayerische Versorgungskammer
Der Vorstand

Daniel Just

Ulrich Böger

Reinhard Dehlinger

Reinhard Graf

André Heimrich

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayerischen Apothekerversorgung, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, die gemäß Art. 12 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung anzuwenden sind, und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben

beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 26. Juli 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christofer Hattemer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Jörg Brunner
Wirtschaftsprüfer



BERICHT DES LANDESAUSSCHUSSES

C. BERICHT DES LANDESAUSSCHUSSES

1. Tätigkeit des Landesausschusses

Im Geschäftsjahr traf sich der Landesausschuss zu einer Sitzung am 19. Oktober 2016 in München.

Der Landesausschuss nahm folgende Berichte zustimmend zur Kenntnis:

- den Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses über die Tätigkeit dieses vorberatenden Gremiums seit der letzten Landesausschusssitzung,
- den Bericht der Geschäftsführung über das Geschäftsjahr und den Jahresabschluss 2015,
- den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur versicherungstechnischen Lage,
- den Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über das Prüfungsergebnis,
- den Bericht der Geschäftsführung zur Kapitalanlage,
- den Bericht der Geschäftsführung über die Wirtschaftsplanung 2017,
- den Bericht aus Kammerrat und Verwaltung sowie
- den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe "Handlungsoptionen".

Er fasste im Übrigen im Wesentlichen folgende Beschlüsse:

- Zum Jahresabschluss und Lagebericht 2015:
"1. Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015 und der Lagebericht sind durch die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmt der Landesausschuss zu.
- 2. Der Landesausschuss billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Geschäftsführung. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.
- 3. Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.

4. Der Landesausschuss stimmt dem Vorschlag der Geschäftsführung für den Bericht des Landesausschusses (Abschnitt D des Geschäftsberichts) für das Jahr 2015 zu."

- Zur strategischen Kapitalanlageplanung
"Der Landesausschuss nimmt die Vorgehensweise und die Ergebnisse der strategischen Kapitalanlageplanung 2016 zustimmend zur Kenntnis."
- Zur Dynamisierung:
"Die laufenden Versorgungsleistungen und die Anwartschaften (einschließlich der Rentenpunkte) werden zum 1. Januar 2017 nicht dynamisiert."
- Zur Wirtschaftsplanung:
"Der Landesausschuss stimmt der Wirtschaftsplanung 2017 zu."
- Zur Satzungsänderung:
"Der Landesausschuss beschließt die als Anlage zum Vorbericht der Verwaltungsausschusssitzung am 15. September 2016 beigefügte* 15. Satzung zur Änderung der Satzung der Bayerischen Apothekerver-sorgung vom 11. Dezember 1996."

Die Satzungsänderung sieht zum einen die Übertragung der Befugnis des Landesausschusses zur Zustimmung zu Beteiligung an Unternehmen auf den Verwaltungsausschuss vor; zum anderen beinhaltet sie die Festlegung des Rentenbemessungsfaktors für das Jahr 2017 auf weiterhin 1,0000.

* = Anlage 4/Top 6 zum Vorbericht der Landesausschusssitzung

2. Tätigkeit des Verwaltungsausschusses

Der Verwaltungsausschuss trat im Berichtsjahr zu drei Sitzungen zusammen.

Sitzung am 17. März 2016

In der Märzsession nahm der Verwaltungsausschuss Berichte der Geschäftsführung

- über die vorläufigen Geschäftsdaten,
- über das vorläufige Kapitalanlageergebnis 2015, die aktuelle Kapitalmarktsituation und die taktische Kapitalanlageplanung 2016 sowie zur Wertpapier- und Immobilienanlage und
- den Bericht aus Kammerrat und Verwaltung, insbesondere zur Arbeitsgruppe "Handlungsoptionen" und zum Befreiungsrecht von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung

entgegen und beriet sich mit der Geschäftsführung zu diesen Themen.

Der Verwaltungsausschuss stimmte der taktischen Kapitalanlageplanung zu.

Sitzung am 23. Juni 2016

In der Junisitzung informierte die Geschäftsführung über den Stand der Entwicklung der Kapitalanlagen im laufenden Geschäftsjahr.

Weitere Themen der Beratungen waren

- der Bericht aus Kammerrat und Verwaltung, u.a. mit Informationen und Zeitplan zur Vorlage des Abschlussberichts der Arbeitsgruppe "Handlungsoptionen" und
- der Kurzbericht über die Sitzungen der Ständigen Konferenz der Versorgungswerke der Apotheker.

Sitzung am 15. September 2016

Die Sitzung am 15. September 2016 diente hauptsächlich der Vorbereitung der Landesausschusssitzung am 19. Oktober 2016 mit dem Jahresabschluss und Lagebericht 2015, der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2017, der Satzungsänderung zum 1. Januar 2017 und der Dynamisierungsentscheidung zum 1. Januar 2017. Darüber hinaus wurde der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe "Handlungsoptionen" vorgestellt und der Verwaltungsausschuss über Themen aus Kammerrat und Verwaltung und über die aktuelle Kapitalmarktsituation informiert.

3. Beschluss über Lagebericht und Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 und der Lagebericht sind durch die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmt der Landesausschuss zu.

Der Landesausschuss billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Geschäftsführung. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.

München, den 18. Oktober 2017

Der Landesausschuss



Thomas Benkert
Vorsitzender des
Landesausschusses



ORGANE UND GREMIEN

D. ORGANE UND GREMIEN

Die 2012 erstmals von der BVK angebotenen Schulungen für Gremienmitglieder wurden 2016 erfolgreich fortgesetzt. Die rege Nachfrage und das äußerst positive Feedback bestätigen sowohl das Konzept als auch die Inhalte des Fortbildungsangebots.

Für neue Mitglieder ist dies eine gern genutzte Option, sich umfassendes Wissen zu erwerben. Langjährig aktive Mitglieder schätzen das Angebot, um ihre Kenntnisse zu vertiefen.

Landesausschuss

(Amtsperiode von 2015 bis 2018)

Mitglieder	Stellvertreter (in Reihenfolge)
a) Selbstständige Apotheker/innen	
Bayern	
Thomas Benkert Mammendorf	- Vorsitzender - Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer Josef Kammermeier Regensburg
Dr. Hans-Peter Hubmann Kulmbach	Thomas Hieble Unterhaching
Thomas Leitermann Mühlendorf a. Inn	Sabine Wölfer Bad Reichenhall
Maximilian Konstantin Lernbecher Dachau	Ulrich Koczian Augsburg Vizepräsident der Bayerischen Landesapothekerkammer
Dr. Christian Machon Unsleben	
Johannes Metzger Scheinfeld	Ehrenpräsident der Bayerischen Landesapothekerkammer
Dr. Doris Unterreitmeier Gräfelfing	
Baden-Württemberg	
Dr. Ursula Barthlen Dußlingen	Nicole-Tina Steege (bis 1. September .2016) Bad Herrenalb
Jürgen Frasch Weinstadt	Christof Föhl Esslingen
Dr. Günther Hanke Heilbronn	- 2. stellv. Vorsitzender - Präsident der Landesapotheker- kammer Baden-Württemberg Hannes Höltzel Reutlingen
Dr. Peter Kaiser Fellbach	
Gerhard Schmidt (bis 2. September 2016) Ravensburg	
Nicole-Tina Steege (ab 2. September 2016) Bad Herrenalb	
Dr. Wolfgang Strölin Esslingen	

Mitglieder		Stellvertreter (in Reihenfolge)
Rheinland-Pfalz		
Dr. Andreas Kiefer Koblenz-Neuendorf	- 1. stellv. Vorsitzender - Präsident der Landesapotheker- kammer Rheinland-Pfalz	Claudia Alten Trier
Peter Stahl Neustadt	Vizepräsident der Landesapo- thekerkammer Rheinland-Pfalz	Isabel Christmann *) Hamm
Burkhard Zang Irrel		Jörg Schulze Schönenberg-Kübelberg
Saarland		
Manfred Saar Heusweiler-Holz	- 3. stellv. Vorsitzender - Präsident der Apothekerkam- mer des Saarlandes	Christine Schoppe *) Merchweiler-Wemmetsweiler Stellv. Präsidentin der Apothe- kerkammer des Saarlandes
		Theo Hertewich † Wadgassen-Schaffhausen

*) Apothekenmitarbeiterin

Mitglieder		Stellvertreter (in Reihenfolge)
b) Apothekenmitarbeiter/innen		
Bayern		
Professor Dr. Frank Dörje Erlangen		Alexander Klenner Germering
Sabine Fuchsberger-Paukert Gauting		Anna-Helene Dick Oberschleißheim
Dr. Konrad Habryka Tregast		Ines Troendle Haar
Sybille Krauß Nürnberg		Margit Wendl Amberg
Cynthia Milz Kulmbach		Dagmar Berger Deisenhofen
Ludwig Müller Nürnberg		
Eva-Maria Plank Trostberg		
Jutta Rewitzer Furth im Wald	Vizepräsidentin der Bayerischen Landesapothekerkammer	
Dr. Volker Schmitt Elsenfeld		
Elke Wanie Bad Aibling		

† Theo Hertewich ist am 3. Juli 2016 verstorben.

Mitglieder	Stellvertreter (in Reihenfolge)
Baden-Württemberg	
Karin Graf Weinheim	Beate Predel Tübingen
Elfriede Hoffmann Rottweil	Dr. Martin Braun Gaggenau
Dr. Sigrun Rich Stuttgart	Silke Laubscher Heidelberg
Dr. Wolfgang Ullrich Bad Säckingen	Vizepräsidentin der Landesapothekenkammer Baden-Württemberg
Dr. Lutz Vogel Ostfildern	
Rheinland-Pfalz	
Bernadette Arnoldi Mainz	(Stellvertreter/innen für Gruppe Apothekenmitarbeiter/innen in Gruppe Selbstständige Apotheker/innen)
Dr. Esther Werle-Nötzel Saarburg	

Verwaltungsausschuss

(Amtsperiode von 2015 bis 2018 ab 14. Oktober 2015)

Mitglieder	Stellvertreter/innen (persönlich zugeordnet)
Thomas Benkert Mammendorf	Dr. Hans-Peter Hubmann Kulmbach
Dr. Günther Hanke Heilbronn	- 2. stellv. Vorsitzender - Karin Graf Weinheim
Dr. Peter Kaiser Fellbach	Dr. Wolfgang Ullrich Bad Säckingen
Dr. Andreas Kiefer Koblenz-Neuendorf	- 1. stellv. Vorsitzender - Peter Stahl Neustadt
Johannes Metzger Scheinfeld	- Vorsitzender - Elke Wanie Bad Aibling
Cynthia Milz Kulmbach	Professor Dr. Frank Dörje Erlangen
Jutta Rewitzer Futh im Wald	Thomas Leitermann Mühdorf am Inn
Manfred Saar Heusweiler-Holz	- 3. stellv. Vorsitzender - Christine Schoppe Merchweiler-Wemmetweiler

Bayerische Versorgungskammer

Vorstand	
Daniel Just Ulrich Böger Reinhard Dehlinger Reinhard Graf André Heimrich	Vorsitzender des Vorstands Mitglied des Vorstands und stellv. Vorsitzender des Vorstands Mitglied des Vorstands Mitglied des Vorstands Mitglied des Vorstands
Bereich Berufsständisches Versorgungswesen (ohne Ärzteversorgung) und betriebliche Altersversorgung (ohne kommunale und kirchliche Zusatzversorgung)	
Ulrich Böger Elisabeth von Bonhorst	Bereichsleiter Abteilungsleiterin
Bereich Informationsverarbeitung	
Robert Notz	Bereichsleiter
Bereich Kapitalanlagen	
André Heimrich	Bereichsleiter
Bereich Mathematik	
Helmut Baader	Bereichsleiter und Verantwortlicher Aktuar
Bereich Service	
Werner König (bis 17. April 2016) Stefan Müller (ab 18. April 2016)	Bereichsleiter

Kammerrat

(Amtsperiode vom 8. März 2013 bis 7. März 2019)

Mitglieder	Stellvertreter
Bayerische Ärzteversorgung	
Dr. Lothar Wittek – stellv. Vorsitzender –	Dr. Max Kaplan Prof. Dr. Frieder Hessenauer
Dr. Michael Förster	Dr. Florian Kinner Dr. Günter Schneider
Dr. med. vet. Karl Eckart	Dr. Irmgard Rieger Dr. Sabine Schall
Bayerische Apothekerversorgung	
Johannes Metzger – Vorsitzender –	Manfred Saar Dr. Andreas Kiefer
Bayerische Architektenversorgung	
Dipl.-Ing. (FH) Robert Winzinger	Dipl.-Ing. Hartmut Rüdiger Dipl.-Ing. Frank Böhme
Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung	
Harald Ochsner	Paul Kokott Ernst Rabenstein
Bayerische Ingenieurversorgung – Bau mit Psychotherapeutenversorgung	
Prof. Dipl.-Ing. Rolf Sennewald	Dr.-Ing. Frank Rogmann Dr. phil. Dipl.-Psych. Nikolaus Melcop
Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen	
Hans Herdlein †	Rolf Bolwin Jürgen Schitthelm
Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester	
Rolf Bolwin	Gerald Mertens Andreas Masopust
Versorgungsanstalt der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger	
Hans-Günther Beyerstedt	Andreas Ehlert Klaus Dank
Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen mit Pensionskasse des Schornsteinfegerhandwerks	
Sascha Schweizer	David Villmann Daniel Fürst
Bayerischer Versorgungsverband	
Bernd Buckenhofer	Dr. Jürgen Busse (bis 20. Juli 2016) Dr. Franz Dirnberger (ab 20. Juli 2016) Dr. Johann Keller
Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden	
Dr. Armin Augat – stellv. Vorsitzender – Harald Seiter	Josef Hasler Markus Loth Franz Stahl (Mitglieder-Ersatzvertreter) Norbert Flach Hildegard Schwering Erich Sczepanski (Versicherten-Ersatzvertreter)
Rudolf Winter Dominik Schirmer	
Versorgungswerk des Bayerischen Landtags	
Reinhold Bocklet	Inge Aures

† Hans Herdlein ist am 4. März 2017 verstorben.



STATISTISCHE ANGABEN

E. STATISTISCHE ANGABEN

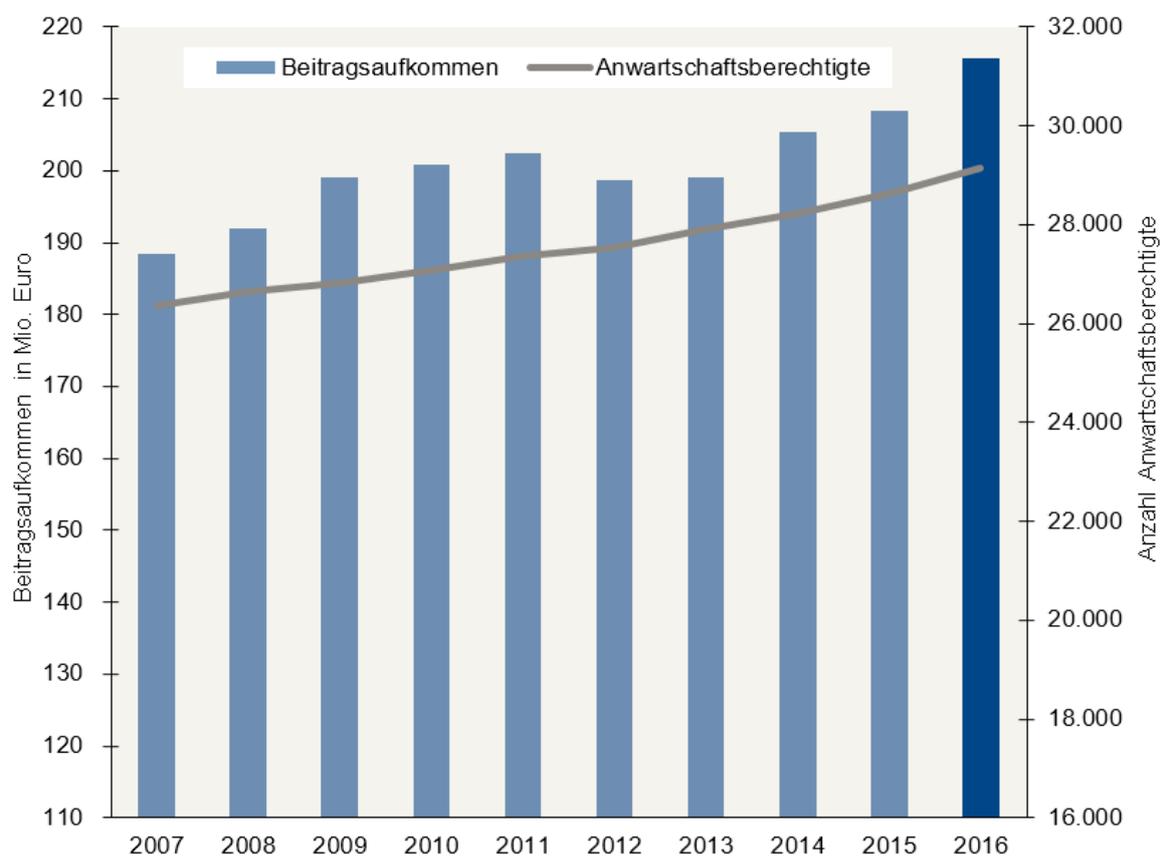
Anwartschaftsberechtigte

31. Dezember	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
männlich	8.047	7.987	7.880	7.806	7.814	7.755	7.765	7.736	7.770	7.910
weiblich	18.317	18.656	18.937	19.277	19.541	19.790	20.153	20.500	20.865	21.242
Insgesamt	26.364	26.643	26.817	27.083	27.355	27.545	27.918	28.236	28.635	29.152
davon Mitglieder	25.214	25.251	25.239	25.333	25.353	25.405	25.566	25.656	25.849	26.167

Beitragsaufkommen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Beiträge	181,9	184,4	189,8	191,8	194,0	190,5	189,4	194,3	197,2	203,7
Freiwillige Mehrzahlungen	6,6	7,6	9,3	9,1	8,4	8,2	9,6	11,1	11,1	11,9
Insgesamt	188,5	192,0	199,1	200,9	202,4	198,7	199,0	205,4	208,3	215,6

Beträge in Mio. Euro



Mitglieder mit Beitragspflicht nach Berufsgruppen und Geschlecht

	Eigentümer	Pächter	Angestellte	Beamte	Apotheker- assistenten/ Pharmazie- praktikanten	Gesamt
männlich	2.525	277	3.713	138	231	6.884
weiblich	2.382	187	15.563	114	740	18.986
Gesamt	4.907	464	19.276	252	971	25.870

Mitgliederbewegung Aktive Mitglieder nach regionaler Zugehörigkeit

	Bestand 31. Dezember 2015		Zugang	Abgang	Veränderung		Bestand 31. Dezember 2016	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	Anzahl	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
Bayern	12.301	47,6	531	377	154	48,4	12.455	47,6
Rheinland-Pfalz	3.221	12,4	168	163	5	1,6	3.226	12,3
Baden-Württemberg	9.246	35,8	459	336	123	38,7	9.369	35,8
Saarland	1.081	4,2	67	31	36	11,3	1.117	4,3
Insgesamt	25.849	100,0	1.225	907	318	100,0	26.167	100,0

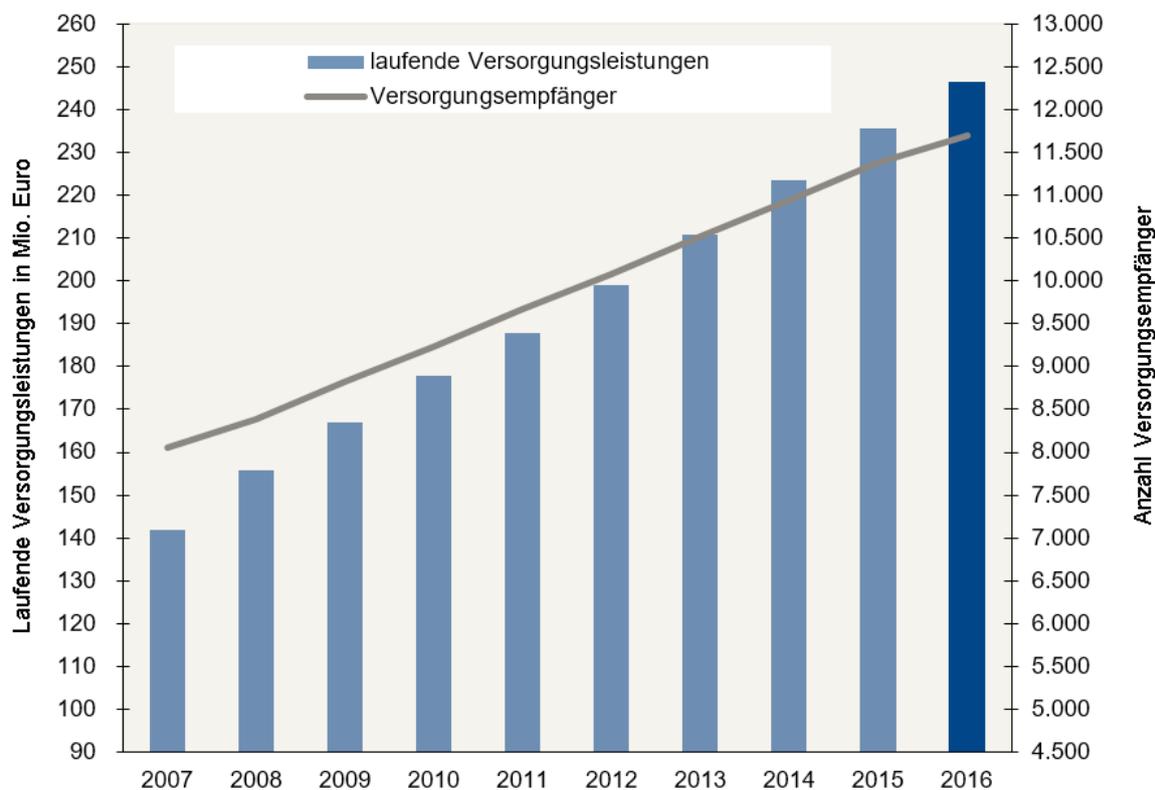
Versorgungsempfänger

31. Dezember	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Altersrentner	6.208	6.542	6.956	7.335	7.703	8.088	8.511	8.903	9.290	9.582
Berufsunfähigkeitsrentner	349	340	330	330	344	344	327	311	292	274
Witwen und Witwer	1.176	1.202	1.236	1.275	1.314	1.360	1.407	1.460	1.522	1.574
Waisen	318	298	299	285	299	278	270	266	272	265
Bezieher von Unterhaltsbeiträgen	9	8	8	7	7	7	7	7	7	7
Insgesamt	8.060	8.390	8.829	9.232	9.667	10.077	10.522	10.947	11.383	11.702

Laufende Versorgungsleistungen

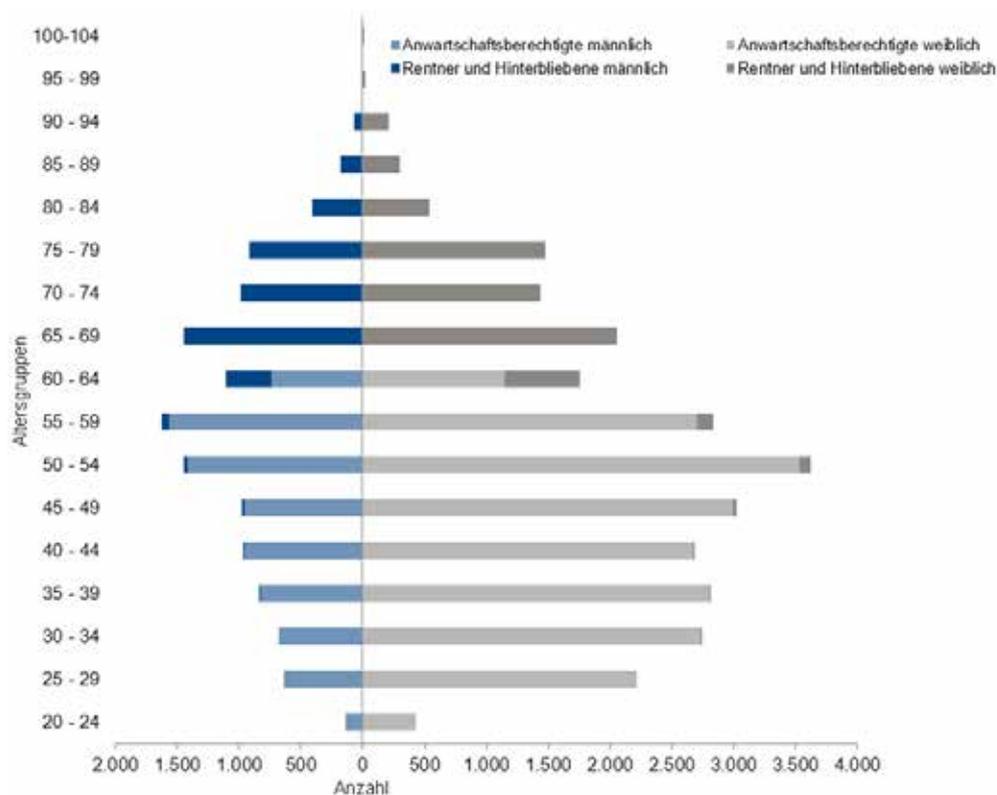
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Altersruhegeld	119,3	132,1	143,4	153,9	162,6	173,3	185,0	197,2	208,1	218,0
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit	8,3	8,0	8,1	7,4	7,6	7,3	6,9	6,5	6,5	6,5
Witwen- und Witwergeld	12,5	13,8	14,0	15,1	15,8	16,7	17,5	18,3	19,6	20,4
Waisengeld und freiwillige Leistungen	1,8	1,8	1,6	1,6	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	1,4
Insgesamt	141,9	155,7	167,1	178,0	187,7	198,9	210,9	223,5	235,6	246,3

Beträge in Mio. Euro



Altersaufbau des Bestandes am 31. Dezember 2016

Alter	Anwartschaftsberechtigte		Rentner		Witwen/r	
	m	w	m	w	m	w
20 - 24	137	425				
25 - 29	635	2.219				
30 - 34	676	2.732		1		1
35 - 39	824	2.806	1	8	4	3
40 - 44	955	2.676	5	11	4	2
45 - 49	958	2.997	5	15	11	15
50 - 54	1.419	3.531	15	52	17	41
55 - 59	1.566	2.704	30	60	26	73
60 - 64	740	1.151	331	509	38	94
65 - 69		1	1.395	1.901	49	150
70 - 74			918	1.252	74	183
75 - 79			825	1.268	95	214
80 - 84			344	400	65	143
85 - 89			135	167	42	131
90 - 94			52	139	13	70
95 - 99			5	12	5	10
100-104						1
Insgesamt	7.910	21.242	4.061	5.795	443	1.131



Kapitalanlagen

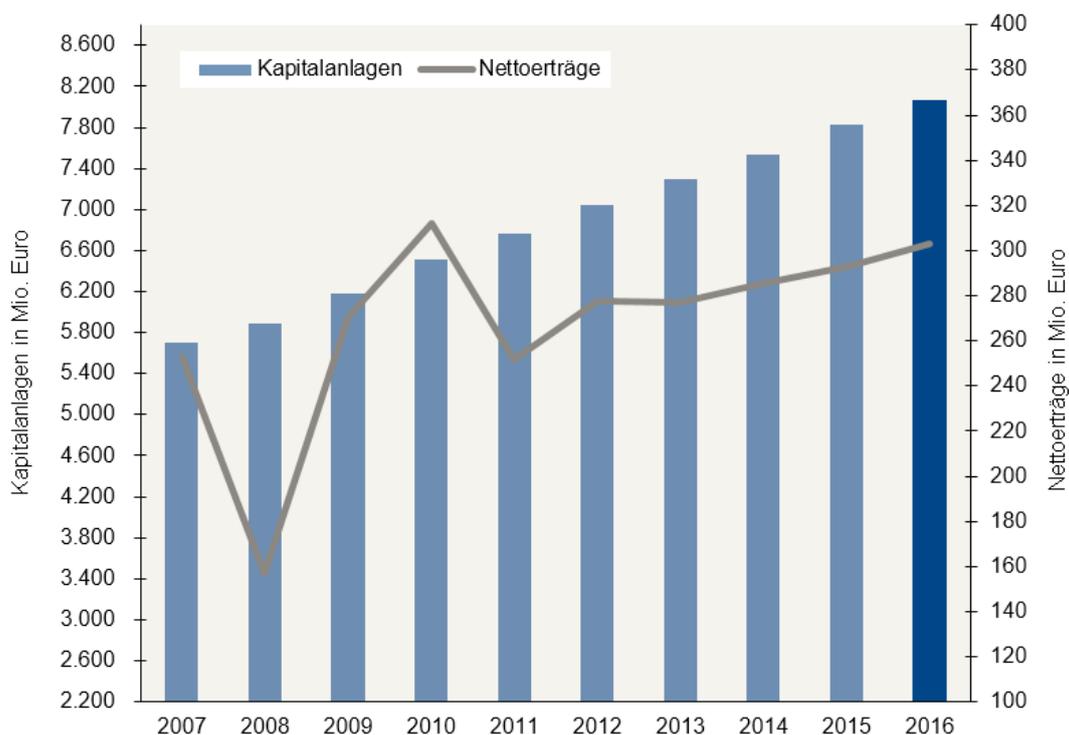
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen, Darlehen	4.360,77	4.467,09	4.568,05	4.515,35	4.391,80	4.436,30	4.554,80	4.419,30	3.894,30	3.404,24
Wertpapiere und Anteile	1.072,44	1.144,17	1.301,98	1.615,17	1.996,45	2.194,96	2.290,16	2.680,43	3.409,62	4.068,58
Grundstücke	273,20	275,24	307,01	376,02	373,61	384,46	391,78	347,05	354,22	356,58
Hypotheken-, Grundschuld- u. Rentenschuldforderungen	0,46	0,26	0,14	0,00	0,00	23,00	52,50	91,70	104,80	162,76
Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	49,35	60,75
Festgelder, Termingelder und Sparguthaben bei Kreditinstituten	0,00	2,50	0,00	9,50	0,00	0,00	0,00	0,00	11,30	10,00
Insgesamt	5.706,87	5.889,26	6.177,18	6.516,04	6.761,86	7.038,72	7.289,24	7.538,48	7.823,59	8.062,91

Beträge in Mio. Euro

Nettoerträge aus Kapitalanlagen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Erträge	266,88	255,25	292,58	326,20	298,43	296,97	292,85	300,91	329,57	318,16
Aufwendungen	13,87	98,32	22,20	14,02	47,08	19,08	16,02	15,73	36,98	15,14
Nettoerträge	253,01	156,93	270,38	312,18	251,35	277,89	276,83	285,18	292,59	303,02

Beträge in Mio. Euro



Bayerische Apothekerversorgung



Bayerische
Versorgungskammer

Arabellastraße 31
81925 München
Telefon: 089 9235 6
Fax: 089 9235 7041
E-mail: bapv@versorgungskammer.de
www.bapv.de